

POLIZEI REPORT



Bezirksgruppen Frankfurt/M. und Südhessen in der Gewerkschaft der Polizei und der PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

INFORMATIONEN NACHRICHTEN MITTEILUNGEN

AUF EIN WORT



LIEBE KOLLEGINNEN, LIEBE KOLLEGEN,

das Jahr neigt sich dem Ende zu – eine Zeit, in der wir innehalten, zurückblicken und Kraft für das Kommende schöpfen. Die vergangenen Monate waren geprägt von Herausforderungen, aber auch von vielen Momenten des Zusammenhalts, der Kollegialität und des gemeinsamen Engagements. Die Herausforderungen und Veränderungen werden sich im neuen Jahr weiter vorantreiben. Die derzeit laufenden Projekte in der hessischen Polizei werden zu einer erheblichen Struktur- und Arbeitsveränderung führen. P 25 in Bereich der Kriminalitätsbekämpfung, S 25 im Bereich des Wach- und Streifendienstes, V/Z 25 im Bereich der Abteilungen Verwaltung und Zentrale Dienste und F 25 im Bereich der Führungsgruppen. All diese Prozesse gilt es zu begleiten und dabei aufeinander gut und richtig abzustimmen. Eine Mammutaufgabe in der Polizei und auch in der Personalvertretung. Die GdP im Hauptpersonalrat und in den örtlichen Gremien wird diesen Prozess aktiv begleiten und hierbei die Interessen der Kolleginnen und Kollegen vertreten.

POLIZEI REPORT

Sanierungsbedürftige Polizeidienststellen	6
Wie Roland Koch einst den Staat verkaufte	8
Die Kaufkraft steht enorm unter Druck	9
Gefahr aus der Luft – Aufgabe für die Polizei?	12
Lehren aus der Geschichte: 9. November 1938	14
Solidarität zeigen – gemeinsam für die Polizei	15
BVerfG: „Polizei, Trojaner und Grundrechte“	17
Neues aus dem Hauptpersonalrat der Polizei	18
Erneut: Einer von uns musste sein Leben lassen	20
Die ersten Schritte in der Vorstandsarbeit	21
Junge Gruppe der GdP richtet sich neu aus	23
Mit Kopf und Herz aktiv – auf ein Neues	24
Festakt in Berlin – 75 Jahre GdP	27
Beiratssitzung	28
Bezirksdelegiertenkonferenz der GdP Frankfurt	31
Verabschiedungen aus dem Vorstand der BZG FFM	33
Wichtige Informationen für alle Mitglieder	33
Neuer Polizeipräsident in Südhessen	34
Ankündigung: Sicher unterwegs im Internet	35
Jahreshauptversammlungen in Südhessen	37
GdP-Sponsoring	41
Neubau in Südhessen	41
Frankfurter Senioren in Darmstadt	42
Weihnachtstombola der BZG Frankfurt	42
Oktoberfest 2025	43
Seniorenseminar in Frankfurt	45
Jede Sekunde zählt!	46

Titel: Wittig/KI-gen.

Im Oktober hat leider eine andere Mitteilung im PP Frankfurt am Main für Aufsehen gesorgt. Es wurden Vorwürfe gegen Kolleginnen und Kollegen des 1. Polizeireviers erhoben. Diese führten zu Durchsuchungen und Maßnahmen gegen eine Dienstgruppe. Es gilt

abzuwarten, was die polizeilichen Ermittlungen ergeben und wie sich die Vorwürfe erhärten. Wir als GdP sind immer für euch da, meldet euch bei eurer Vertrauensfrau bzw. eurem Vertrauensmann, den Kreisgruppen vor Ort oder auch gerne bei uns. Unsere Türen ste-

Inhalt

hen immer offen, wir helfen euch gerne weiter und werden versuchen, eine Lösung zu finden. Auch neben diesen ganzen oben beschriebenen Aufgaben und Vorkommnissen hat die Polizei in Frankfurt am Main und Südhessen erneut viele polizeiliche Lagen zu meistern. Das Frankfurter Bahnhofsgebiet beschäftigt uns weiterhin stark, die Lagen in der Innenstadt zu den unterschiedlichsten Themen der Weltpolitik und -geschehen waren wieder auf einem hohen Niveau und die Eintracht aufgrund der unterschiedlichsten Wettbewerbe ebenfalls herausfordernd. Das letzte Wochenende im November war aufgrund der verschiedenen polizeilichen Lagen in Hessen sehr arbeits- und kräfteintensiv (Anm. der Red.: Bei Drucklegung waren die Einsätze noch nicht abgeschlossen). Jetzt ist der Weihnachtsmarkt, der uns ebenfalls wieder aus polizeilicher Sicht beschäftigt. Und diese gesamte Belastung zeigt sich bei den Kolleginnen und Kollegen deutlich. Wieder wurden Überstunden geleistet und die hessische Polizei musste wieder Leistung erbringen. An den Überstunden zeigt sich doch, dass die SiPa Pakete nicht ausreichend waren. Die Aufgaben der Polizei haben sich gemehrt und dies muss festgestellt werden. Auch die Veränderungen werden nicht ausreichen, um die Belastung bei den Beschäftigten abzufedern. Bedeutet: Trotz der oben beschriebenen Maßnahmen werden wir in der Polizei mehr Personal benöti-

gen, damit endlich die Begriffe familienfreundlicher Arbeitgeber und Beruf&Familie auch gelebt werden können. Zeit ist ein wichtiges Gut und ist mit nichts zu bezahlen. Daher müssen wir es endlich als Polizei schaffen, die Freizeit, die benötigt wird, auch zu gewähren, damit die Kolleginnen und Kollegen auch mal zur Ruhe kommen.

Bei allen Einsatzlagen wünschen wir als GdP allen Kolleginnen und Kollegen gutes Gelingen und kommt immer wieder gesund nach Hause.

Der Monat Dezember ist aber auch der Monat, wo man langsam zur Ruhe kommt oder kommen möchte. Die Weihnachtsfeiern beginnen, man trifft sich auf dem Weihnachtsmarkt und die Vorbereitungen zum Weihnachtsfest in den Familien laufen. Daher hoffen wir, dass euch diese Zeit die Gelegenheit gibt, durchzuatmen, neue Energie zu tanken und das vergangene Jahr mit einem guten Gefühl abzuschließen.

Das neue Jahr steht vor der Tür – und mit ihm wie oben beschrieben eine spannende Zeit voller neuer Aufgaben, Chancen und Begegnungen. Gemeinsam werden wir auch 2026 mit Engagement, Mut und Zusammenhalt angehen. Wir werden wieder für euch aktiv sein. Wir werden euch aber auch brauchen. Die TV-L hat bereits mit den Verhandlungen gestartet, wir in Hessen werden im nächsten Jahr die Tarifverhandlungen TV-H haben. Und diese werden spannend. In Zeiten knapper Haushaltskas-

sen wird es herausfordernd, ein gutes Tarifergebnis zu erreichen. Und hier brauchen wir euch alle! Die Tarifbeschäftigten beim Streik und die Beamtinnen und Beamten bei der Demonstration, die ihre Solidarität mit den Beschäftigten zeigen und die Verhandlungen unterstützen. Dies geht nur gemeinsam in einer starken Solidargemeinschaft. Denn nur dann schaffen wir es, den Arbeitgebern zu zeigen, was wir erwarten. Denn wir und unsere Arbeit sind es wert, gut bezahlt zu werden.

Und da bin ich noch nicht bei der amtsangemessenen Besoldung. In diesem Report findet ihr den QR Code für die Vordrucke der notwendigen Formulare. Schaut bitte beim QR Code nach, welches Formular für euch zutreffend ist, damit ihr das richtige für euch ausfüllt und beantragt. Im Zweifel fragt gerne bei uns nach, wir helfen euch IMMER!

Wie ihr seht, stand und steht viel vor uns und wir werden schauen, was die Zukunft bringt. Wir als GdP haben und werden weiterhin dies angehen und in eurem Sinne diese Prozesse begleiten.

Wir wünschen euch jetzt erstmal eine besinnliche Weihnachtszeit, frohe Weihnachten und ruhige Festtage, einen gesunden Jahreswechsel und alles Gute für das neue Jahr!

Mit kollegialen Grüßen
Christian Richter und Jochen Zeng



Informationen • Nachrichten • Mitteilungen

der **Bezirksgruppe Frankfurt**
der Gewerkschaft der Polizei und der
PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
für den Großraum Frankfurt am Main

der **Bezirksgruppe Südhessen**
der Gewerkschaft der Polizei und der
PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
für Südhessen mit den Kreisen
Groß-Gerau, Darmstadt-Dieburg, Bergstraße,
Odenwald und D V/S Südhessen

Herausgeber:

PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden
Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Jens Mohrher
(Landesvorsitzender GdP Hessen)

Verleger:

POLREPORT-Verlagsges. mbH für Öffentlichkeitsarbeit,
Kölner Straße 132, 57290 Neunkirchen
Geschäftsführer: H. R. Jud, B. Jud

Büro Frankfurt:

Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt
Telefon 069 7891652

Verantwortlich für den Anzeigenteil:

Oliver Jochum, Andreas Jochum, Stephan Buschhaus

Redaktion/Redaktionsanschrift:

für die **BZG Frankfurt**:
Jochen Zeng (V.i.S.d.P.), Petra Moosbauer
Gewerkschaft der Polizei, BZG Frankfurt
Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt/M.

für die **BZG Südhessen**:

Christian Richter (V.i.S.d.P.)
Die Bezirksgruppe Südhessen im Internet:
PolReport.SH@gdphessen.de

Druck und Verarbeitung:

Saxoprint GmbH, Enderstraße 92c, 01277 Dresden

Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 01.12.

Der Bezugspreis von € 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffentlichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten; die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Alle Artikel werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das Verfügungsrecht des Herausgebers über. Die Benutzung von Anschriften zur Werbezwecken ist untersagt und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des Urheberrechts (Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch ist die Benutzung von Ausschnitten zur Anzeigenwerbung untersagt.

Redaktionsschluss 1.2. / 1.5. / 1.8. / 1.11.
(ISSN 1869-6805)

SANIERUNGSBEDÜRFTIGE POLIZEIDIENSTSTELLEN

EIN ERSCHRECKENDER BLICK AUF DIE REALITÄT BEI DER HESSISCHEN POLIZEI

Die bundesweite Medienberichterstattung im August über desolate und schimmelige Polizeidienststellen in Deutschland ließen aufhorchen. Wir werfen einen Blick auf die Situation in Hessen. Es ist kein Geheimnis, dass die baulichen Gegebenheiten vieler Polizeiliegenschaften auch hierzulande weit hinter den Anforderungen zurückbleiben. Bereits im April dieses Jahres hatte der Landesvorstand die Gelegenheit genutzt, Innenminister Prof. Dr. Roman Poseck über die besorgniserregende Lage der polizeilichen Liegenschaften in Hessen zu unterrichten.

Auch wenn unsere Dienststellen im bundesweiten Vergleich nicht die schlechtesten sind, so sind sie dennoch in vielen Fällen sanierungsbedürftig.

Die baulichen Substanzen vieler Altbauten sind in die Jahre gekommen und entsprechen längst nicht mehr den Ansprüchen einer modernen Polizeiarbeit.

Arbeitsbedingungen, Sozialräume sowie Sicherheitsvorkehrungen sind oft unzureichend und erfordern dringende finanzielle Investitionen.

Innenminister Poseck selbst hatte vor rund einem halben Jahr bei Ortsbesichtigungen in Frankfurt und Darmstadt alarmierende Zustände festgestellt, die seine Einschätzung einer enormen Investitionsnotwendigkeit bestätigten.

Grund waren seine Teilnahmen an Personalversammlungen, in denen dieses Thema Hochkonjunktur hat! Die GdP fordert daher unumwunden einen klaren, mehrjährigen Sanierungs- und Modernisierungsplan, um mittelfristig die finanzielle Sicherung entsprechender Sanierungen und Neubauten zu gewährleisten.

Scheitern des Ministerpräsidenten Koch

Das von der ehemaligen Landesregierung unter MP a.D. Koch verfolgte Modell, das Bau und Liegenschaften unter einem Dach des Landesbetriebes LbIH bündeln sollte, ist „krachend gescheitert!“

In Hessen wurden vor rund 20 Jahren 55 landeseigene Gebäude wie Ministerien, Gerichte, Polizeidienststellen oder Finanzämter verkauft. Der Erlös von rund zwei Milliarden Euro floss in den Landeshaushalt. Dann wurden die Gebäude vom Land zurückgemietet, die Mietverträge laufen über mehrere Jahrzehnte.



Symbolbild/fkt. gen.

„Leo“ wurde das Projekt in Anspielung auf den Hessenlöwen genannt.

Klare Kante: die Strategie des „Sell and lease back“ ist langfristig eine finanzielle Belastung für kommende Generationen.

Besuch auf Einladung des Personalrats

Minister Poseck wurde jüngst im 4. Polizeirevier in Wiesbaden-Bierstadt empfangen. Das Revier mit ca. 40 Bediensteten sorgt für die Sicherheit von rund 75.000 Bürgern der Landeshauptstadt.

Während Poseck mit den Kolleginnen und Kollegen sprach, blieb allerdings der Personalrat, vertreten durch Sebastian Schubert, der die Einladung ausgesprochen hatte, außen vor. Dies wirft nebenbei auch Fragen hinsichtlich der Einbindung der Mitarbeitervertretung bei wichtigen Gesprächen auf.

Positiv hervorzuheben ist jedoch, dass Poseck eindeutig signalisierte, dass es an der Zeit sei, in die Modernisierung der Polizeigebäude zu investieren.

„Für das 4. Revier sind umfassende Sanierungsarbeiten notwendig. Ich werde mich dafür einsetzen, dass diese trotz der angespannten Haushaltslage zeitnah angegangen werden können“, so Poseck.

Es bleibt abzuwarten, ob auf Worte auch Taten folgen und ob die notwendigen finanziellen Zusagen für ein konkretes Investitionsprogramm bald Wirklichkeit werden. Die Herausforderungen, die vor der Polizei in Hessen stehen, sind erheblich und es ist an der Zeit, dass die Anstrengungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Infrastruktur ernsthaft angegangen werden. Denn letztlich ist die Sicherheit unserer Bürger von einem effektiven und gut ausgestatteten Polizeiapparat abhängig.

Die Notwendigkeit verstärkter Investitionen in die Polizeiausstattung

In den letzten Jahren wurden viele Fortschritte gemacht. Neue Technologien,

verbesserte Einsatzmittel und innovative Ansätze zur Verbrechensbekämpfung sind erfreuliche Zeichen eines Wandels.

Doch trotz dieser Verbesserungen darf sich der politische Fehler nicht wiederholen. Es ist unabdingbar, dass der Weg nicht in einer Sackgasse endet, sondern kontinuierlich weiterverfolgt wird. Die Herausforderungen, vor denen unsere Polizei steht, sind vielfältig und verlangen nach einer nachhaltigen Lösung.

Einer der dringendsten Punkte auf der Agenda ist der Schutz der Polizei selbst. Angriffe mit Waffen, häufig mit Messern, sind keine Seltenheit mehr. Wir brauchen moderne Trainingsstätten und dazugehörige dienstliche Freiräume, um immer wieder Einsatztraining durchzuführen. Der Tod unseres Kollegen aus dem Saarland am 21. August ist erneuter, wenngleich schmerzlicher Beleg dafür!

In unserer technisierten Welt ist es von großer Bedeutung, dass die Polizei über die neuesten digitalen Werkzeuge verfügt. Ob in der Kommunikation, der Einsatzplanung oder der Datenanalyse – digitale Lösungen tragen maßgeblich zur Verbesserung der inneren Sicherheit bei.

Es steht außer Frage, dass dies Geld kostet. Das Problem:

Hessen befindet sich finanziell in einer angespannten Lage. Eigene Bekundungen deuten darauf hin, dass für den Landeshaushalt 2026 knapp 3 Milliarden in der Kasse fehlen. Die Polizei ist kein Schönbereich mehr. Dennoch müssen wir als Gesellschaft klarstellen:

Sicherheit ist kein Luxusgut, sondern ein Grundrecht. Die Bürgerinnen und Bürger in Hessen wollen und verdienen mehr Sicherheit. Diese muss mit Priorität gewährleistet werden – bei der Polizei.

Hier darf nicht gespart werden. Dies betrifft nicht nur die Ausstattung, sondern auch die angemessene Besoldung und Zulagen für die Beamten, die tagtäglich für unsere Sicherheit im Einsatz sind.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Hessen zu weiteren Investitionen bei der Polizei gezwungen ist, um innenpolitisch Schritt halten zu können. Um diesem Ziel näherzukommen, bedarf es einer klaren politischen Vision, die den Mut hat, finanzielle Mittel bereitzustellen und Prioritäten zu setzen. ■

Jens Mohrherr

WIE ROLAND KOCH EINST DEN STAAT VERKAUFTE

HESSENS IMMOBILIEN-FIASKO - UND WIR MIETEN UNS BIS HEUTE DUMM UND DÄMLICH

Roland Koch trat in den 2000'er Jahren als „Schlankheitsapostel“ auf: Hessens Verwaltung sollte effizienter, moderner und finanziell fit werden. Klingt vernünftig, oder? Nur: Seine Methode, Landesimmobilien haufenweise zu verkaufen und zurückzumieten, war alles andere als clever – sie war ein Dauerfeuerwerk für Investoren und ein Bumerang für die Allgemeinheit. Von Polizeistationen über Schulen, bis hin zu Verwaltungsgebäuden: Hessen verschacherte alles, was nicht niet- und nagelfest war.



Wittig/Kl-Gen.

Das Land bekam kurzfristig ein hübsches Sümmchen, die Steuerzahler zahlen bis heute die Zeche.

Und während die Politik von damals sich in Interviews selbst in allerhöchsten Tönen lobte, stapeln sich die Probleme wie Aktenberge in verstaubten Büros.

Warnungen? Gab es zuhauf

Finanzexperten prophezeiten steigende Kosten. Gewerkschaften, wie auch die GdP Hessen warnten vor maroden Gebäuden und den Folgen für Beschäftigte.

Kritische Stimmen wurden eiskalt in der Manier der Gutsherrenart abgewiegelt: „Alles im Griff“, hieß es, während die Mieten für zurückgemietete Gebäude still und heimlich in die Höhe kletterten.

Wenn der Staat Mieter spielt

Die Auswirkungen noch heute sind in jeder Haushaltsdebatte zu hören. Explodierende Kosten, insbesondere bei Personal und Liegenschaften.

Was damals durch den Ministerpräsidenten Koch als „cleverer Finanzdeal“ verkauft wurde, belastet den Landeshaushalt heute immer noch massiv.

Dazu kommen marode Liegenschaften. Polizeistationen mit undichten Dächern, Schulen mit kaputten Heizungen, Verwaltungsgebäude, die dringend saniert werden müssten – und niemand fühlt sich zuständig.

Die Politik geht in Deckung. Verantwortung? Fehlanzeige. Koch ist weg, die damalige Regierung ebenso. Die heutige Verwaltung verweist auf „Marktmechanismen“, und die Bürger dürfen zahlen.

Es ist sehr offensichtlich, wie peinlich betroffen heute Unionspolitiker der CDU sind, wenn sie mit dem Namen Roland Koch konfrontiert werden. Der hessische Regent – auch intern nicht unumstritten.

Die Leidtragenden

Das sind die Menschen, die täglich in Gebäuden arbeiten, die schlicht kaputt gewirtschaftet wurden. Also unsere Beschäftigten des Landes Hessen.

Sie spüren die Misere am stärksten: Lehrerinnen und Lehrer, Polizistinnen und Polizisten, Verwaltungsangestellte aus allen Bereichen – sie stehen buchstäblich zwischen bröckelnden Wänden und explodierenden Betriebskosten.

Arbeitsbedingungen verschlechtern sich, Sicherheitsrisiken steigen, und jede Modernisierung wird zum Politikum.

Kurzfristiges Denken, langfristige Katastrophe

Gibt es eine Moral von der Geschichte? Wer Staatsvermögen verkauft, besser gesagt verhökert, um kurzfristig Geld in die Kasse zu spülen, hat morgen eine Baustelle auf Jahrzehnte. Infrastruktur, die teuer zurückgemietet wird, bindet Ressourcen, die dringend in Personal und Qualität fließen müssten.

Notwendige Renovierungsarbeiten und Um- oder Ausbauten scheitern am Zuständigkeitsgerangel zwischen Eigentümern, Investoren und dem Land.

Eines haben alle gemein, keiner will zuständig sein und so wird der sog. „schwarze Peter“ über Jahre hin und her geschoben, eine Schande.

Die politische Verantwortung

Die damaligen Entscheider sind längst Geschichte. Heute zeigt man auf die Verwaltung, auf die „Marktkräfte“, oder man sagt einfach: „War halt so“.

Doch wer wirklich hinsieht, erkennt ein Muster. Entscheidungen, die Profit über die öffentliche Hand stellen, schaden den Beschäftigten, schwächen die Infrastruktur und entmachten den Staat selbst.

Dieses Beispiel zeigt, dass kurzfristige Finanztricks langfristig nur eines bewirken: höhere Kosten, schlechtere Arbeitsbedingungen und ein Vertrauen, das der Politik dauerhaft verloren geht.

Wer für sichere Liegenschaften, faire Arbeitsbedingungen und eine starke öffentliche Hand kämpft, muss die Lektionen von Hessen und Roland Koch kennen und daraus lernen.

Denn der Staat, der seine eigenen Gebäude verkauft, setzt seine Beschäftigten und die Bürger aufs Spiel – und die Rechnung kommt garantiert.

Ein Schlussgedanke:

Roland Kochs Immobilien-Fiasco ist nicht nur ein Kapitel der Vergangenheit – es ist eine Warnung.

Roland Koch machte Hessen „schlank“ – die Bürger machen Hessen teuer. Die Polizei mietet sich dumm und dämlich. Lehrer unterrichten zwischen Schimmel und undichten Fenstern.

Und wir? Wir zahlen weiter – für einen schlanken Staat, der uns alle arm macht.

Ein Mahnmal aus Beton, Miete und Ignoranz. Und während manche Politiker den Kopf in den Sand stecken und nichts davon wissen wollen, zahlen wir alle die Zeche – mit Geld, Sicherheit und Mangel an Vertrauen.

Dieses Lehrstück des Hessen-Regenten zeigt eindrücklich: Kurzfristiges Finanzdenken ist langfristiger Mist.

Wenn in Schulen, wo einst Bildung stattfand, nur noch der Geruch nach Schimmel und fehlender Wartung an den Verkaufskurs von damals erinnert und Polizeistationen sich im Tropfmodus befinden, da Löcher im Dach sind, der darf sich gerne an Roland Koch erinnern. ■

Peter Wittig

DIE KAUFKRAFT STEHT UNTER ENORMEM DRUCK

WAS DIE HESSISCHE BESOLDUNGSENTWICKLUNG IM KONTEXT DAZU AUFZEIGT

Wenn über Besoldung gesprochen wird, dominieren meist Prozentzahlen. Es sind Erhöhungen von 1,5, 2 oder 3 Prozent, die in Tarifrunden erkämpft und anschließend auf die Beamten übertragen werden (oder halt nicht). Doch die nüchterne Wahrheit ist: Prozentzahlen allein sagen nichts über die tatsächliche Wirkung aus. Erst wenn man die Entwicklung der Preise gegenüberstellt, zeigt sich, ob die Kolleginnen und Kollegen real etwas davon haben. Für die A9-Eingangsstufe, lässt sich dieser Zusammenhang inzwischen über fast zwei Jahrzehnte nachzeichnen – und er offenbart ein ernüchterndes Bild.

Die Jahre nach 2008 waren zunächst von moderatem Wachstum geprägt. Mit linearen Anpassungen von rund drei Prozent konnten zwar spürbare Schritte gemacht werden, doch gleichzeitig stiegen auch die Preise.

Bis Mitte der 2010er-Jahre hielten sich Gehaltsanstiege und Inflation ungefähr die Waage. Real wuchs die Kaufkraft leicht, die Tabellenwerte kletterten zuverlässig nach oben und die Kolleginnen und Kollegen hatten den Eindruck, dass die Mühen am Ende des Monats ein klein wenig mehr wert waren.

Diese Phase war stabil, aber sie baute keine Reserven auf.

Spätestens ab 2015 wurde die Schwäche des Systems sichtbar. In diesem Jahr gab es eine Nullrunde, die trotz niedriger Inflation zu einer spürbaren Delle in der Entwicklung führte. Es dauerte mehrere Jahre, bis dieser Rückschritt wieder aufgeholt war. Kleine lineare Erhöhungen von ein bis zwei Prozent hielten zwar das nominale Grundgehalt in Bewegung, reichten aber nicht aus, um die Kaufkraft entscheidend zu stärken.

Wer damals im Polizeidienst begann, erlebte unmittelbar, dass die Tabellen zwar jedes Jahr angepasst wurden, aber die Entlastungen im Alltag doch sehr überschaubar blieben.

Zäsur ab dem Jahr 2021

Die große Zäsur folgte ab 2021. Während zuvor die Inflationsraten über viele Jahre im Bereich von ein bis zwei Prozent lagen, explodierten sie plötzlich. 2022 mit 6,9 Prozent und 2023 mit 5,9 Prozent wurden die höchsten Teuerungsraten seit



Grafik/Quelle: genesis.destatistics

Jahrzehnten verzeichnet. Das war für alle Bürgerinnen und Bürger spürbar, aber für Beschäftigte im öffentlichen Dienst hatte es eine doppelte Wirkung.

Zum einen stiegen die Lebenshaltungskosten in allen Bereichen sprunghaft an, von Lebensmitteln über Energie, bis zu Mieten. Zum anderen waren die in den Jahren zuvor vereinbarten Besoldungsanpassungen darauf nicht vorbereitet. Selbst die kräftigere Erhöhung im Jahr 2023 mit knapp fünf Prozent konnte den Preisschub nicht ausgleichen.

Kaufkraft brach drastisch ein

Die Folge war ein realer Rückgang der Kaufkraft, der die Erfolge der gesamten vorherigen Dekade nahezu ausradierte.

Während 2021 das reale Monatsgrundgehalt in der A9-Eingangsstufe auf einem Spitzenwert lag, fielen die Werte 2022 und 2023 wieder deutlich zurück.

2024 lagen sie sogar unter dem Niveau von 2017. Anders gesagt:

Wer 2024 in Hessen im Polizeidienst stand, hatte trotz gestiegener Tabellenwerte im Portemonnaie weniger Kaufkraft als sieben Jahre zuvor. Dieser Befund ist nicht nur statistisch relevant, er trifft die Kolleginnen und Kollegen ganz konkret im Alltag, wenn steigende Kosten die mühsam erkämpften Anhebungen vollständig auffressen.

Bewegung im Jahr 2025

Erst mit den für 2025 beschlossenen Stufen kam wieder Bewegung in die Sache. Der April bringt mit einer Erhöhung von 4,8 Prozent eine spürbare Entlastung, der Dezember kurz vor Jahreswechsel mit vier Monaten Verspätung mit weiteren

5,5 Prozent einen zusätzlichen Schub. Rechnet man diese Schritte auf die Kaufkraft zurück, wird klar, wie entscheidend sie sind:

Ohne die zweite Stufe bliebe die reale Entwicklung nahezu eingefroren. Erst die vollständige Umsetzung bringt die Kaufkraft zurück auf ein Niveau, das das bisherige Hoch von 2021 übertrifft.

Dabei ist zu beachten, dass die für 2025 angesetzte Inflationsrate von zwei Prozent nur eine Annahme ist, weil noch keine offiziellen Zahlen vorliegen. Sollte die tatsächliche Inflation höher ausfallen, könnte der Effekt sofort wieder abgeschwächt werden.

Gerade deshalb ist es umso wichtiger, dass die zweite Stufe im Dezember 2025 auch wirklich umgesetzt wird. Beim Lesen dieser Zeilen wissen wir das. Nur sie sorgt für die dringend notwendige Wende.

Was lernen wir daraus?

Die Lehre aus dieser Entwicklung ist eindeutig. Nominale Steigerungen in Prozent klingen politisch oft eindrucksvoll, doch entscheidend ist die reale Wirkung.

Eine Inflationsrate von sechs Prozent kann eine fünfprozentige Besoldungserhöhung im Handumdrehen zunichtemachen. Deshalb reicht es nicht, Anpassungen einfach als Erfolg zu verkaufen.

Sie müssen in Relation zur Teuerung gesehen werden. Nur dann lässt sich feststellen, ob die Beschäftigten wirklich profitieren oder ob sie im Ergebnis zurückfallen.

Für unsere Kolleginnen und Kollegen in der Polizei hat das unmittelbare Auswirkungen.

Probleme zu Beginn der Laufbahn

Gerade die A9-Eingangsstufe betrifft junge Menschen am Beginn ihrer Laufbahn, die sich vielleicht eine Wohnung suchen, eine Familie gründen, oder erste Anschaffungen tätigen.

Wenn in dieser Lebensphase die reale Kaufkraft nicht steigt, sondern stagniert oder zurückgeht, ist das nicht nur frustrierend, sondern auch gefährlich für die Attraktivität des Berufs.

Öffentlicher Dienst vs Privatwirtschaft

Schon heute konkurriert der öffentliche Dienst mit der Privatwirtschaft um Nachwuchs. Wenn Bewerberinnen und Bewerber sehen, dass die Kaufkraft trotz „Erhöhungen“ real schrumpft, stellt sich die Frage, warum sie sich für diesen Beruf entscheiden sollen.

Gleichzeitig zeigt die Entwicklung auch, dass konsequente, tabellenwirksame Schritte wirken können. Die zweite Stufe 2025 macht den Unterschied.

Sie hebt die reale Kaufkraft auf ein neues Niveau und zeigt, dass Politik hier Gestaltungsspielraum hat. Doch sie macht auch deutlich, wie knapp kalkuliert ist:

Eine unerwartet höhere Inflationsrate könnte den Effekt sofort wieder relativieren.

Wer also glaubt, mit zwei großen Stufen sei das Thema erledigt, irrt.

Vielmehr muss die Besoldungspolitik dauerhaft so ausgerichtet werden, dass sie Preisentwicklungen antizipiert und nicht erst im Nachhinein reagiert.

Forderungen sind nicht unrealistisch

Diese nüchterne Bilanz ist keine Schönfärberei, sondern das Ergebnis einfacher Rechnungen.

Und genau deshalb ist sie so wertvoll. Sie zeigt, dass unsere Forderungen nicht aus der Luft gegriffen sind, sondern auf klaren Daten beruhen.

Wir verlangen keine Luxusgehälter, sondern lediglich, dass die Kaufkraft erhalten bleibt und die Kolleginnen und Kollegen nicht Jahr für Jahr an Wert verlieren.

In einer Zeit, in der die Anforderungen an die Polizei steigen und die Belastungen immer größer werden, ist das eine Frage der Fairness.

Am Ende dieser Analyse bleibt ein klares nüchternes Fazit:

Die hessische Besoldungspolitik hat in den letzten Jahren nicht ausreichend auf die Inflationsschübe reagiert.

Erst die für 2025 beschlossenen Stufen bringen eine spürbare Wende. Doch das

reicht nicht aus, um Vertrauen wiederherzustellen.

Einmalzahlungen helfen nicht weiter

Wir brauchen eine dauerhafte Lösung, die Kaufkraftsicherung zum Maßstab macht und nicht als Neben aspekt behandelt.

Das ist nicht nur im Interesse der Beschäftigten, sondern auch im Interesse des Staates selbst, der eine motivierte, leistungsfähige und verlässliche Polizei und Verwaltung braucht.

Deshalb gilt: Wir werden nicht lockerlassen. Wir werden weiter mit Nachdruck fordern, dass Besoldung keine politische Restgröße bleibt, sondern die Realität anerkennt.

Wir werden deutlich machen, dass Einmalzahlungen und halbe Schritte keine echte Lösung sind.

Und wir werden uns solange einsetzen, bis jede Kollegin und jeder Kollege spürt, dass ihre und seine Arbeit nicht nur in Sonntagsreden gewürdigt wird, sondern auch auf dem Konto.

Denn eine starke Polizei in Hessen braucht eine starke Kaufkraft – und dafür kämpfen wir. Als GdP, für unsere Kolleginnen und Kollegen. ■

Sebastian Schubert

WENN GELD AN WERT VERLIERT – KAUFKRAFT VS. INFLATION

Was bedeutet Kaufkraft eigentlich?

Die Kaufkraft beschreibt, wie viel man sich für einen bestimmten Geldbetrag leisten kann. Steigen die Preise, sinkt diese Kaufkraft – mit anderen Worten: Das Geld verliert an Wert.

Ein einfaches Beispiel: Wer letztes Jahr für 100 Euro Lebensmittel gekauft hat, muss bei einer Inflationsrate von fünf Prozent heute rund 105 Euro dafür bezahlen. Der Warenkorb ist gleich geblieben, nur das Geld hat an Wert verloren.

Inflation trifft auch öffentlichen Dienst

Inflation entsteht, wenn das allgemeine Preisniveau der Volkswirtschaft steigt. Ursachen können steigende Energie- und Rohstoffpreise, Lieferengpässe, oder geopolitische Entwicklungen sein. Auch die Zinsgestaltung der Europäischen Zentralbank (EZB), spielt eine Rolle.

Für uns Polizeibeschäftigte hat Inflation eine besondere Bedeutung. Unsere Besoldung oder Tariflöhne werden meist nur in größeren zeitlichen Abständen angepasst. Wenn die Lebenshaltungskosten zwischenzeitlich steigen, schmilzt die reale Kaufkraft unseres Einkommens, selbst wenn die nächste Erhöhung auf dem Papier ordentlich aussieht.

**Wenn Lohnerhöhung nicht gleich mehr Geld bedeutet**

Eine Gehaltserhöhung von zwei Prozent klingt gut – aber wenn gleichzeitig die Preise um vier Prozent steigen, bedeutet das real einen Verlust von zwei Prozent Kaufkraft. Das Einkommen wächst also nominal, aber nicht real. Auch Ersparnisse auf dem Konto sind betroffen: Wenn das Geld dort kaum Zinsen bringt, verliert es durch die Inflation jedes Jahr ein Stück seines Wertes.

Kaufkraftverlust als leise Belastung

Inflation wirkt oft leise, aber stetig. Sie verändert unser finanzielles Gleichgewicht, ohne dass wir sofort eine Zahl auf dem Konto sehen, die kleiner wird. Für viele Kolleginnen und Kollegen bedeutet

das, dass sie ihre finanzielle Planung regelmäßig überprüfen sollten. Denn auch die zukünftige Pension oder Rente kann bei anhaltender Inflation weniger Kaufkraft besitzen, wenn die Preise steigen.

Warum Preisstabilität so wichtig ist

Die EZB strebt seit Jahren eine Inflationsrate von etwa zwei Prozent an. In den vergangenen Jahren haben jedoch Krisen, Kriege und Energieknappheit die Preise deutlich ansteigen lassen.

Inflation betrifft uns alle – unabhängig von Dienstgrad oder Einkommen. Sie entscheidet darüber, wie weit unser Gehalt tatsächlich reicht.

Je stärker die Preise steigen, desto weniger können wir uns für denselben Betrag leisten. Auch wenn das Einkommen im öffentlichen Dienst als sicher gilt, ist seine Kaufkraft nicht automatisch stabil.

Deshalb ist es wichtig, Preisentwicklungen im Blick zu behalten – und dass Gewerkschaften wie die GdP bei Tarifverhandlungen und Besoldungsanpassungen diesen Effekt deutlich ansprechen.

Denn stabile Einkommen sind nur dann wirklich stabil, wenn sie auch mit der Inflation Schritt halten. ■

Peter Wittig

GEFAHR AUS DER LUFT – AUFGABE FÜR DIE POLIZEI?

DROHNENABWEHR IN DEUTSCHLAND: NEUE TECHNOLOGIEN, NEUE AUFGABEN DER POLIZEI

Ob über Flughäfen, Kraftwerken oder Bundeswehrstandorten – Drohnen tauchen zunehmend dort auf, wo sie nichts zu suchen haben. Derartige Vorfälle haben in den letzten Monaten deutlich zugenommen und stellen eine wachsende Herausforderung für die öffentliche Sicherheit dar. Besonders kritisch ist die Lage, wenn es um mögliche Spionageaktionen, Sabotage oder Gefährdungslagen im Luftverkehr geht. Die Bundesregierung reagiert nun – mit einem klaren Auftrag an die Sicherheitsbehörden, insbesondere auch die Polizei.



Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) kündigte bei einem Besuch der Zentralen Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich (ZITiS) in München ein Umdenken in der Drohnenabwehr an:

Statt auf Abschuss setze man künftig auf „smarte Abwehrtechniken“ – gemeint sind elektronische Störsignale, mit denen die Fluggeräte ausgeschaltet oder zur Landung gezwungen werden sollen.

Dobrindt betonte, man wolle auf die Elektronik der Drohnen einwirken und nicht mit ballistischen Mitteln eingreifen – etwa aus Gründen der Sicherheit im zivilen Luftraum, aber auch, um Rückschlüsse auf die Steuerer und Hintermänner ziehen zu können.

Polizei im Fokus – neue Technik, neue Befugnisse?

Diese strategische Neuausrichtung betrifft nicht nur Bundesbehörden oder technische Fachstellen wie ZITiS – sie hat direkte Auswirkungen auf die tägliche Arbeit der Polizei.

Derzeit laufen innerhalb der Bundesregierung die Abstimmungen für eine Reform des Luftsicherheitsgesetzes. Ziel ist es, noch in diesem Jahr Klarheit zu schaffen, wie und in welchem Umfang die Polizei – insbesondere die Bundespolizei – in die Drohnenabwehr eingebunden wird.

Geplant ist, den Sicherheitsbehörden erweiterte Befugnisse im Umgang mit unbemannten Fluggeräten zu geben.

Dazu könnte auch gehören, dass speziell geschultes Personal künftig Drohnen identifizieren, orten und mithilfe elektronischer Mittel neutralisieren darf.

Solche Kompetenzerweiterungen würden einen bedeutsamen Schritt in Richtung moderner, technikgestützter Polizei-

arbeit darstellen – zugleich jedoch auch neue Anforderungen an Ausbildung, Ausstattung und Verantwortungsbewusstsein der Einsatzkräfte mit sich bringen.

Herausforderung für die Praxis

Aus Sicht der GdP ist klar: Die Polizei kann eine tragende Rolle in der Abwehr illegal eingesetzter Drohnen übernehmen – vorausgesetzt, sie erhält die nötige rechtliche Grundlage, technische Ausstattung und personelle Stärkung.

Der Einsatz von Funk- oder GPS-Störern, von sogenannten „Jammern“, ist kein triviales Unterfangen. Derartige Eingriffe in den Luftraum oder Funkverkehr müssen präzise kontrolliert und verantwortet werden – und das erfordert sowohl technisches Know-how als auch juristische Klarheit und Handlungssicherheit.

Es genügt nicht, Geräte bereitzustellen. Die Polizistinnen und Polizisten, die mit der Abwehr betraut werden sollen, müssen umfassend geschult und fortlaufend weitergebildet werden.

Auch in der Fläche braucht es klare Handlungsanweisungen, Abläufe und Rückhalt – sowohl rechtlich als auch politisch. Denn im Ernstfall muss eine Entscheidung über das Eingreifen gegen eine Drohne binnen Sekunden getroffen werden – unter hohem Druck und potenziell mit weitreichenden Konsequenzen.

Drohnenabwehrzentrum geplant

Ein zentraler Bestandteil der neuen Strategie ist zudem die Einrichtung eines bundesweiten Drohnenabwehrzentrums.

Dieses soll nach aktuellem Stand als Koordinierungsstelle fungieren, in der Informationen zusammenlaufen, Einsatzlagen bewertet und Maßnahmen abgestimmt werden.

Wie stark die Polizei dort eingebunden wird, soll bei der Innenministerkonferenz (IMK) Anfang Dezember entschieden werden. Die GdP begrüßt ausdrücklich, dass die Polizei hier nicht nur passiv beteiligt werden soll, sondern operativ mitentscheiden und eingreifen kann.

Ein solches Zentrum kann aus Sicht der GdP ein wertvoller Knotenpunkt sein – vorausgesetzt, es gelingt, die föderale Struktur Deutschlands sinnvoll zu überwinden und operative Kräfte mit den nötigen Ressourcen auszustatten.

Vor allem aber muss sichergestellt werden, dass Informationen über potenzielle Bedrohungen schnell, länderübergreifend und praxisorientiert an die Einsatzkräfte vor Ort weitergegeben werden.

Ein Appell an die Politik

Die Gewerkschaft der Polizei fordert: Wer neue Aufgaben an die Polizei heranträgt, muss auch die notwendigen Mittel und Personal bereitstellen. Technische Lösungen allein reichen nicht aus – sie müssen in ein umfassendes Sicherheitskonzept eingebettet sein, das die Polizei nicht nur als ausführendes Organ, sondern als gestaltenden Akteur begreift.

Wenn die Polizei in diesem neuen Bereich wirksam arbeiten soll, muss sie befähigt werden – durch moderne Technik, gute Ausbildung und klare rechtliche Rahmenbedingungen.

Nur dann kann sie ihre Rolle als Garantin der öffentlichen Sicherheit auch in der digitalen und luftgestützten Bedrohungslage glaubwürdig ausfüllen. Das Thema nimmt täglich weiter Fahrt auf. Wir sind also gefordert, schnell zu handeln und auf den digitalen Zug aufzuspringen. ■

Peter Wittig

LEHREN AUS DER GESCHICHTE: 9. NOVEMBER 1938

Ein junger Polizist steht in einer Ausstellung über die Reichspogromnacht 1938. Die Bilder brennender Synagogen, zerstörter Geschäfte und verzweifelter Menschen lassen ihn innehalten. Die Geschichte zeigt, wie unbegründete Vorurteile, politisch organisiert und gesellschaftlich verstärkt, zu Verbrechen gegen die Menschheit führen können. Millionen Menschen wurden Opfer von Hass und Gewalt – allein, weil sie Juden oder Andersdenkende waren.

Die Verantwortung der Polizei

Polizistinnen und Polizisten stehen heute in der Verantwortung, Fremdenfeindlichkeit, Judenhass und Rassismus keinen Raum zu geben. Wer Vorurteile zulässt, gefährdet das Vertrauen der Bevölkerung und die Demokratie selbst.

„Von Intoleranz und Hass darf sich ein Polizist niemals hinreißen lassen.“

Ausbildung, Fortbildung und Supervision sind entscheidend. Das Auswahlverfahren und das Studium an der Hochschule für Polizei und Verwaltung vermitteln Wissen zu Geschichte, Grundrechten und demokratischer Verantwortung – damit jeder Beamte seinen Dienst als überzeugter Demokrat ablegen kann.

Lernen aus der Gegenwart

Die Lehren der Vergangenheit wirken bis heute:

- Rechtsextreme Gewalt, wie NSU, Halle, Hanau oder der Mord an Dr. Lübcke, zeigen, dass Hass reale Bedrohung ist.
- Antisemitische Straftaten und Fremdenfeindlichkeit gefährden Demokratie und gesellschaftliches Engagement.
- Polizeiinterne Maßnahmen stärken die Sensibilität für Extremismus, soziale Kompetenz und Toleranz.

„Professionalität, Neutralität und Integrität sind das Fundament, auf dem das Vertrauen der Bevölkerung ruht.“

Vertrauen durch Integrität

Jeder Einsatz, jede Entscheidung muss demokratischen Prinzipien folgen. Die Polizei schützt die Gesellschaft, nicht politische Haltungen. Missachtung der Werte, etwa durch Verbindungen zu extremistischen Gruppen, wird konsequent geahndet.

Ständige Reflexion, Weiterbildung und Supervision sorgen dafür, dass Polizisten auch in konfliktgeladenen Situationen besonnen handeln können.

Die Lehre für heute



Die Geschichte des 9. November 1938 ist Mahnung und Leitfaden zugleich:

- Wachsam bleiben gegen Hass und jeglichen Extremismus.
- Demokratie verteidigen, nicht nur predigen.
- Vertrauen sichern durch Professionalität und Integrität.

Fazit

Historisches Wissen, Reflexion und demokratische Haltung sind der Schutzschild für jede Polizistin und jeden Polizisten. Der 9. November 1938 lehrt, dass Verantwortung, Professionalität und Integrität nicht optional, sondern zentrale Elemente der Polizeiarbeit sind – heute wie in Zukunft.

Historischer Hintergrund

- Der 9. November – ein Tag der Extreme
- 1918: Ausrufung der ersten deutschen Republik.
 - 1923: Hitler-Ludendorff-Putsch; frühe Warnung vor Nationalismus.
 - 1938: Reichspogromnacht – brennende Synagogen, zerstörte Geschäfte, Beginn massiver Gewalt gegen Juden.
 - 1989: Fall der Berliner Mauer – friedliche Revolution, Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990.

Der 9. November ist der geschichtsträchtigste Tag des 20. Jahrhunderts für Deutschland – sowohl verhängnisvoll als auch hoffnungsvoll.

Zahlen und Fakten

Rechte Gewalt und antisemitische Straftaten

- Über 6 Millionen Juden wurden im Holocaust ermordet.
- Mehr als die Hälfte aller politisch motivierten Straftaten in Deutschland stammen seit Jahren aus dem rechten Spektrum.

- Anschläge wie Halle (2019), Hanau (2020) und der Mord an Dr. Lübcke (2019) verdeutlichen die Gefahr.

Polizistinnen und Polizisten – Anforderungen heute

- Fundierte Kenntnisse über Geschichte, Verfassung und Grundrechte.
- Demokratische Grundhaltung und Neutralität.
- Interkulturelle Kompetenz und Toleranz.
- Umgang mit Stress und Konflikten.
- Integrität und Professionalität jederzeit wahren.

Polizeiarbeit heute

Lehren aus der Geschichte in der Praxis:

- Fortbildungen zu Rechtsextremismus, Antisemitismus und Diskriminierung.
- Supervision zur Reflexion und psychischen Stabilisierung.
- Gewaltmonopol nur mit Integrität und Neutralität.
- Transparente Aufklärung von Vorwürfen gegen Polizeibeamte.

Die Polizei schützt die Demokratie – nicht eine politische Richtung.

Leitgedanken

Was der 9. November 1938 uns lehrt und immer vor Augen führen sollte:

1. Historisches Wissen schützt vor bewussten Manipulationen.
2. Demokratische Werte müssen aktiv verteidigt werden.
3. Professionelles Handeln sichert unser Vertrauen.
4. Extremismus darf keinen Raum haben, gleich aus welcher Richtung.
5. Reflexion, Weiterbildung und Supervision sind unverzichtbar.

„Der Polizeiberuf ist mehr als ein Job: Er ist eine Berufung für Demokratie, Freiheit und Sicherheit.“

Jens Mohrherr

SOLIDARITÄT ZEIGEN – GEMEINSAM FÜR DIE POLIZEI

In einer beeindruckenden Geste der Unterstützung hat die BBBank in Wiesbaden eine Spende in Höhe von 5.000 Euro an die Hessische Polizeistiftung übergeben. Die Übergabe erfolgte durch Nadja Wunsch namens der Bank. Diese Spende unterstreicht die besondere Wertschätzung für die Arbeit der hessischen Polizeibeschäftigten, die tagtäglich für unsere Sicherheit im Einsatz sind. Die BBBank ist langjähriger Partner und Begleiter der Polizei Hessen und der Gewerkschaft der Polizei.



Bild: Polizeistiftung

Die Hessische Polizeistiftung hat sich zum Ziel gesetzt, Polizistinnen und Polizisten sowie deren Angehörige in schweren Situationen zu unterstützen.

Dazu gehören unter anderem: finanzielle Hilfe nach Dienstunfällen, Beistand für Familien von im Dienst verstorbenen Kolleginnen und Kollegen, sowie Maßnahmen zur psychischen Regeneration.

Die Stiftung leistet so einen unverzichtbaren Beitrag, um Menschen zu helfen, die ihr Leben in den Dienst der Gesellschaft gestellt haben.

In den vergangenen Jahren konnten wir vielen Menschen helfen, die auf keinerlei Unterstützung mehr bauen konnten.

Bei teils ausweglosen Situationen konnte die Stiftung genau dort helfen, wo es dringend notwendig war.

Bei der Spendenübergabe waren wichtige Vertreter:innen der Polizei, der Stiftung und der Gewerkschaft GdP anwesend, darunter (Bild oben; v.l.):

- Landespolizeipräsident Felix Pascheck,
- Nadja Wunsch, Landesdirektorin BBBank Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland
- Daniel Klimpke, Vorsitzender des Hauptpersonalrats Polizei Hessen,
- Leona Schönke, Geschäftsführerin der Polizeistiftung
- Jens Mohr Herr von der Gewerkschaft der Polizei, die den Kontakt zur BBBank herstellte.

„Es ist beeindruckend zu sehen, wie Institutionen wie die BBBank den Rückhalt für unsere Kolleginnen und Kollegen aktiv unterstützen“, betonte Daniel Klimpke.

„Gerade in Situationen, in denen Polizeibeschäftigte verletzt werden, oder Angehörige Unterstützung brauchen, ist jede Hilfe von unschätzbarem Wert, ergänzte Leona Schönke bei der Übergabe.“

Die Spende der BBBank wird direkt dazu beitragen, die Arbeit der Stiftung fortzuführen und sicherzustellen, dass verletzte

Polizeibeschäftigte und deren Familien die nötige Unterstützung erhalten – sei es durch finanzielle Hilfen, psychologische Betreuung oder Rehabilitationsmaßnahmen.

Diese Aktion zeigt eindrucksvoll:

Solidarität endet nicht an der Uniform. Sie beginnt dort, wo Menschen bereit sind, füreinander einzustehen.

Dank des Engagements von BBBank, der Gewerkschaft der Polizei und allen Beteiligten wird denjenigen, die täglich für unsere Sicherheit sorgen, konkrete Hilfe zuteil – ein Zeichen echter Wertschätzung und Gemeinschaft.

Weitere Informationen zur Hessischen Polizeistiftung, wie auch Sie helfen können, sowie Möglichkeiten zur eigenen Unterstützung finden Sie auf der offiziellen Website:

www.polizei.hessen.de/die-polizei/hessische-polizeistiftung

Daniel Klimpke

Hessische Polizeistiftung
Auch Helfer brauchen Hilfe

Hessische Polizeistiftung
beim Hessischen Ministerium des Innern und für Sport
Friedrich-Ebert-Allee 12
65165 Wiesbaden
Tel: +49(0) 611 - 363 - 1773
Fax: +49(0) 611 - 353 - 1333
Mail: polizeistiftung@ppp-polizei.hessen.de

Bankverbindung
Nassauische Sparkasse
IBAN: DE 29 5105 0515 0555 0300 03
BIC: NASS DE 55 XXX

Nahezu täglich erfahren wir aus den Medien, dass die Arbeit der Polizeibeschäftigten häufig mit dem Einsatz von Leib, Leben und Gesundheit verbunden ist. Polizeibeschäftigter zu sein heißt auch, sich oft in Gefahr begeben zu müssen. Nicht selten werden Kolleginnen und Kollegen im Rahmen ihrer Dienstausübung schwer verletzt.

Die Hessische Polizeistiftung hat es sich seit über 40 Jahren zur Aufgabe gemacht, in solchen Fällen Betroffenen und Angehörigen zu helfen.

Unsere Aufgaben

- Wir unterstützen Polizeibeschäftigte, die in Ausübung ihres Dienstes schwer verletzt wurden!
- Wir unterstützen Angehörige von Polizeibeschäftigten, die in Ausübung ihres Dienstes ums Leben gekommen sind.
- Wir unterstützen finanziell Angehörige von getöteten Polizeibeschäftigten beim Eintritt von wirtschaftlichen Notlagen, die zum Teil existenzbedrohend sein können.
- Wir gewähren bei im Dienst erlittenen psychischen Schäden gezielte therapeutische Unterstützungen.

So können Sie helfen: Werden auch Sie Forcemitglied?

Bisweilen ein geringer monatlicher Beitrag kann entscheidend helfen! Unseren Mitarbeitern würde zu sehr gelegen, um spezielle Unterstützung noch besser bewerkstelligen zu können. Ihre Mithilfe macht die Hessische Polizeistiftung u.a. durch Spenden aus der Raufkammer, aus Institutionen sowie der freien Wirtschaft. Das bedeutet: Neben zwei Budgetgütern aus Strafverfahren zu. Die Polizeistiftung ist als anerkannter Träger der Förderung für Spenden, die ihrer Verfolgung ihrer Zwecke zuzuführen, Spendenbescheinigungen auszustellen.

Wir kommen immer!
Egal was es kostet

BVERFG: „POLIZEI, TROJANER UND GRUNDRECHTE“

POLIZEI-EINGRIFFE IM DIGITALEN ZEITALTER: KARLSRUHE DEFINIERT MASSSTÄBE

Am 24. Juni 2025 entschied der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts in den Verfahren 1 BvR 180/23 (Trojaner II) und 1 BvR 2466/19 (Trojaner I) über die Verfassungsmäßigkeit von Regelungen zur Quellen-Telekommunikationsüberwachung (Quellen-TKÜ) und Online-Durchsuchung. Diese Entscheidung betrifft sowohl präventive Maßnahmen im Polizeirecht, als auch strafprozessuale Ermittlungsbefugnisse. Ein Blick auf die Auswirkungen in der Polizeiarbeit.

I. Einleitung

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom 24. Juni 2025 stellt einen bedeutenden Schritt in der Abwägung zwischen Sicherheitsinteressen und dem Schutz der Grundrechte dar.

Sie betrifft insbesondere die Befugnisse der Polizei zur heimlichen Überwachung von IT-Systemen und wirft Fragen zur Verhältnismäßigkeit solcher Eingriffe auf.

Mit Spannung wurde die Entscheidung des Gerichts erwartet. Nunmehr bestätigt sie im Grundsatz die durch die GdP im Verfahren eingebrachte Stellungnahme als sachkundige Beteiligung.

Die der Klage thematisierten Ermittlungsinstrumente der Polizei sind dem Grunde nach mit dem Grundgesetz vereinbar, so das BVerfG.

Das Gericht schaffte zudem Klarheit bei den Gesetzesformulierungen und notwendigen Anpassungspflichten.

II. Sachverhalte der beiden Verfahren

A. Verfahren 1BvR180/23 – „Trojaner II“

In diesem Verfahren richtete sich die Verfassungsbeschwerde gegen die strafprozessualen Ermächtigungen zur Quellen-TKÜ und Online-Durchsuchung gemäß § 100a Abs. 1 Sätze 2 und 3 sowie § 100b Abs. 1 StPO.

Die Beschwerdeführer argumentierten, dass diese Regelungen einen unverhältnismäßigen Eingriff in das Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme (Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG) darstellten.

B. Verfahren 1BvR2466/19 – „Trojaner I“

Hier richteten sich die Verfassungsbeschwerden gegen landespolizeirechtliche Ermächtigungen zur Telekommunikationsüberwachung und Quellen-TKÜ, insbesondere gegen § 20c PolG NRW.



Bild: KI-gen.

Die Beschwerdeführer sahen auch hier in einen Verstoß gegen die genannten Grundrechte.

III. Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts

A. Verfassungsmäßigkeit der Regelungen

Das Bundesverfassungsgericht bestätigte die Verfassungsmäßigkeit der angegriffenen Regelungen in beiden Verfahren.

Es stellte fest, dass die Quellen-TKÜ und Online-Durchsuchung unter bestimmten Voraussetzungen mit dem Grundgesetz vereinbar sind.

B. Voraussetzungen für die Zulässigkeit

Das Gericht legte klare Kriterien fest, unter denen solche Eingriffe zulässig sind:

- Konkretisierung der Gefahr: Es muss eine konkrete Gefahr für ein überragend wichtiges Rechtsgut vorliegen.
- Richterliche Anordnung: Eine richterliche Genehmigung ist erforderlich.
- Verhältnismäßigkeit: Die Maßnahme muss geeignet, erforderlich und angemessen sein.

Auszug der Pressemitteilung des BVerfG:

„Die Verfassungsbeschwerden sind größtenteils bereits unzulässig.“

So legen die Beschwerdeführenden die Möglichkeit einer Grundrechtsverletzung überwiegend nicht hinreichend substantiiert dar.

Soweit die Verfassungsbeschwerden zulässig sind, sind sie nur teilweise erfolgreich.

Der Senat stellte in seinen Beschlüssen fest: Die in zulässiger Weise angegriffenen Regelungen des PolG NRW sind vollständig mit dem Grundgesetz vereinbar; die angegriffenen Regelungen der Strafprozessordnung sind teilweise verfassungswidrig.

So ist die Quellen-Telekommunikationsüberwachung zur Aufklärung solcher Straftaten, die lediglich eine Höchstfreiheitsstrafe von drei Jahren oder weniger vorsehen, nicht verhältnismäßig im enge-

ren Sinne und wurde vom Senat insoweit für nichtig erklärt.

Aus dem Urteilstenor:

Mit Blick auf den Strafrahmen einer Strafnorm liegt die besondere Schwere einer Straftat jedenfalls dann vor, wenn sie mit einer Höchstfreiheitsstrafe von mehr als fünf Jahren bedroht ist.

Sind Straftaten allerdings nur mit einer Höchstfreiheitsstrafe von bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bewehrt und damit dem einfachen Kriminalitätsbereich zuzuordnen, schließt dies die Einordnung als besonders schwere Straftat von vornherein aus.

Das BVerfG weiter: „Die Ermächtigung zur Online-Durchsuchung genügt, soweit sie (auch) zu Eingriffen in das durch Art. 10 Abs. 1 Grundgesetz (GG) geschützte Fernmeldegeheimnis ermächtigt, nicht dem Zitiergebot und ist daher mit dem Grundgesetz unvereinbar. Diese Vorschrift gilt bis zu einer Neuregelung jedoch fort“.

IV. Auswirkungen

Die Entscheidung verdeutlicht die Balance zwischen den Erfordernissen der Strafverfolgung einerseits und dem Schutz der Grundrechte andererseits.

Für die Polizei Hessen bedeutet dies:

- Überprüfung bestehender Regelungen: Es ist zu prüfen, ob die hessischen Vorschriften zur Quellen-TKÜ und Online-Durchsuchung den verfassungsrechtlichen Anforderungen und Vorgaben des BVerfG entsprechen.
- Anpassung der Gesetzgebung: Möglicherweise sind Anpassungen des hessischen Polizeirechts erforderlich, um den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts gerecht zu werden.
- Zusammenarbeit mit dem Bundesgesetzgeber: Bei Bedarf sollte die hessische Landesregierung den Dialog mit dem Bund suchen, um eine einheitliche Rechtslage zu gewährleisten.

Die Polizei hat durch diese Klarstellungen des BVerfG eine gewisse Rechtssicherheit im Kampf gegen die digitale Kriminalität.

Der Gesetzgeber ist nun dringend aufgefordert, die StPO grundlegend zu modernisieren. Unsere Ermittler benötigen die erforderliche Handlungssicherheit bei ihrem unermüdlichen Einsatz. ■

Peter Wittig

NEUES AUS DEM HAUPTPERSONALRAT DER POLIZEI

Neben den bereits bekannten Projekten beschäftigen zahlreiche weitere Arbeitsgruppen die hessische Polizei. Ob Verkehrssicherheit, Aus- und Fortbildung, Krisenvorsorge, oder die Entwicklung der Forensikstraße – die Themenpalette ist breit und zeigt deutlich: Die hessische Polizei befindet sich in einem dynamischen Veränderungsprozess, der von Engagement, Sachverstand und Tatkraft geprägt ist. An dieser Stelle ein kurzer Überblick der Sachstände.

Präsidentiale Wechsel an den Spitzen der Präsidien

Ein bedeutender Personalwechsel prägt derzeit die Führungsebene der hessischen Polizei: Andreas Röhrig, Präsident des Hessischen Landeskriminalamts (HLKA), ist zum 30. November 2025 in den Ruhestand eingetreten. Im Rahmen einer kleinen Feierstunde wurde er bereits am 6. November in den Räumen des Innenministeriums verabschiedet. Innenminister Prof. Dr. Roman Poseck überreichte ihm die Ruhestandsurskunde und würdigte seine Verdienste um die hessische Polizei.

Die Nachfolge im HLKA tritt Daniel Muth an. Mit seinem Wechsel an die Spitze des Landeskriminalamts wird zugleich der Posten des Polizeipräsidenten im Polizeipräsidium Südosthessen vakant.

Eine Entscheidung über die Nachfolge war bis zum Redaktionsschluss dieser Zeitschrift noch nicht gefallen.

Bereits Anfang Oktober wurde eine weitere Personalentscheidung umgesetzt: Christian Vögele ist neuer Präsident des Polizeipräsidiums Südhessen. Seine bisherige Position als Vizepräsident beim Polizeipräsidium Frankfurt ist ausgeschrieben, eine Nachbesetzung steht noch aus.

Der Hauptpersonalrat wünscht allen Beteiligten viel Erfolg und ein gutes Händchen in ihren neuen Aufgaben – und Andreas Röhrig alles Gute für den wohlverdienten Ruhestand.

Neues Pilotprojekt: Kombination von Bodycam und DEIG

Das Landespolizeipräsidium stellte kürzlich ein neues Pilotprojekt vor, das die bestehende Bodycam-Technik mit der neuen Version des Distanz Elektro Impulsgeräts (DEIG oder Taser) verknüpfen soll.

Ziel ist, die Einsatzdokumentation und Beweissicherung weiter zu optimieren.

Als Pilotdienststellen wurden das Überfallkommando in Frankfurt und das 1. Po-



lizeirevier in Wiesbaden ausgewählt. Die Ausschreibungsverfahren laufen bereits; weitere Schritte sollen zeitnah folgen.

Projekt S 25: Einheitliches Verfahren zur Erhebung von Abwesenheiten

Im Teilprojekt 1 von S 25 wurden verschiedene Berechnungsmodelle entwickelt, um eine standardisierte Erhebung von Abwesenheiten innerhalb der hessischen Polizei zu ermöglichen.

Grundlage bildet ein sogenannter IZEMA-Report, der dem Hauptpersonalrat zur Beschlussfassung vorlag. Ziel ist ein landesweit einheitliches Vorgehen.

Darüber hinaus wurde durch S 25 bestätigt, dass es auch künftig eine Tagdienstkomponente geben wird.

Die abschließenden Empfehlungen aus allen drei Teilprojekten sollen – so der aktuelle Plan – noch vor Weihnachten veröffentlicht werden.

Projekt P 25: Fortschritte in Struktur und Digitalisierung

Im Rahmen von P 25 wurde empfohlen, künftig keine K 40-Dienststellen (ehemals DEG) mehr auszuweisen.

Das Projekt schreitet in mehreren Etappen voran, weitere Ausgestaltungen folgen sukzessive.

Eine erfreuliche Entwicklung: In der Polizeidirektion Rheingau-Taunus wird künftig ebenfalls eine Regionale Kriminalinspektion (RKI) eingerichtet.

Damit ist nun jede Flächendirektion in Hessen mit einer RKI ausgestattet.

Ende Oktober fand zudem im Polizeipräsidium Südosthessen eine hybride Informationsveranstaltung des Projekts statt, bei der unter anderem die RPA-Software (Robotic Process Automation)

und die neue Data-Pipeline vorgestellt wurden.

Projekt F 25 und V/Z 25: Arbeit an Führungsstrukturen

Auch in den Projekten F 25 und V/Z 25 schreiten die Arbeiten weiter voran.

F 25 befasst sich mit der Analyse und Weiterentwicklung der Führungsorgane – hierzu zählen insbesondere Abteilungen, Leitungsstäbe und Führungsgruppen.

Das Projekt V/Z 25 arbeitet ebenfalls intensiv an seinen Aufgaben;

eine kurze Sachstandsdarstellung erfolgte in der jüngsten Sitzung des Hauptpersonalrats in Wiesbaden.

Mitbestimmung auf dem Weg voraus

Der Hauptpersonalrat der Polizei Hessen bleibt dabei weiterhin verlässlicher Ansprechpartner und engagierter Begleiter aller Projekte, die die Arbeitsbedingungen und Strukturen innerhalb der hessischen Polizei nachhaltig gestalten.

Gerade in dieser Phase des Wandels ist die Rolle des Hauptpersonalrats von zentraler Bedeutung.

Die personalrätliche Mitbestimmung stellt sicher, dass Veränderungen nicht über, sondern mit den Beschäftigten gestaltet werden.

Denn eine leistungsfähige Polizei braucht nicht nur moderne Strukturen, sondern auch motivierte und gut ausgestattete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in allen Ebenen.

Nur im offenen Dialog zwischen Beschäftigten, Dienststellen und Interessenvertretung kann der Wandel gelingen.

Wir bleiben jedenfalls am Ball, für euch und die hessische Polizei. ■

Daniel Klimpke

ERNEUT: EINER VON UNS MUSSTE SEIN LEBEN LASSEN

SIMON WURDE IM DIENST KALTBLÜTIG ERMORDET; WIE ROUVEN, ALEXANDER UND YASMIN

Vier Morde innerhalb von dreieinhalb Jahren. Auf dem Weg ins Saarland, zur Trauerfeier für Simon, begleiteten mich viele Gedanken – über den Zustand unserer Gesellschaft einerseits und über uns, die Polizei, andererseits: über unsere Rolle als Garantinnen und Garanten für Freiheit und Sicherheit. Es sind unruhige Zeiten. Die Worte werden schriller, die Fronten härter, die Urteile endgültiger. Wann hört das endlich auf, fragen sich alle; doch keiner gibt die Antwort.



Und mittendrin stehen wir: Polizistinnen und Polizisten. Menschen in Uniform. Menschen, die einen Eid geleistet haben – auf das Grundgesetz, auf die Verfassung unseres Landes.

Dieser Eid ist kein Lippenbekenntnis. Er ist Verpflichtung.

Und genau deshalb reicht es nicht, nur ein Spiegel der Gesellschaft zu sein. Wir müssen mehr sein. Wir müssen Haltung zeigen, stark sein und vieles aushalten.

Denn was wir gerade erleben, ist gefährlich. Immer mehr Menschen wenden sich einer Partei zu, die vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestuft wird. Das ist keine bloße Proteststimmung – das ist ein Angriff auf die Fundamente unserer Demokratie.

Und es ist ein Angriff auf das, was uns als Polizei ausmacht.

Wir begegnen täglich der ganzen Bandbreite unserer Gesellschaft – rund um die Uhr, ohne Pausen:

- dem aufrichtigen Bürger, der Hilfe sucht,
- der verzweifelten Mutter, die keinen Ausweg mehr weiß,
- dem Jugendlichen voller Wut,
- den Opfern von Krieg und Terror, die bei uns Schutz suchen,

- ja, auch den Gewalttätigen, den Übergriffigen, den Resignierten.

Aber genau hier liegt auch unsere Verantwortung:

- Nicht in Schubladen zu denken.
- Keine Vorverurteilungen.
- Keine Tätergruppen nach Herkunft.
- Keine mentalen Tunnel.
- Sondern Analyse. Präzision. Kontext.

Denn menschlich zu bleiben ist kein Zeichen von Schwäche – es ist unsere größte Stärke.

Menschlich zu bleiben bedeutet aber auch, sich selbst zu hinterfragen. Immer wieder.

Die eigentliche Gefahr liegt nicht im nächsten Einsatz.

Sie beginnt in uns selbst – dann, wenn wir anfangen, Bilder und Schlagzeilen statt Fakten sprechen zu lassen.

Wenn wir zulassen, dass Parolen und Vorurteile unsere Haltung untergraben. Wenn wir mitmachen, wo wir widersprechen müssten.

Klar muss sein:

Wer das Grundgesetz ablehnt, wer Menschen nach Herkunft oder Religion abwertet, wer demokratische Werte mit Füßen tritt – der kann keine Uniform tragen. Punkt.

Aber ebenso klar ist: Unsere Arbeit verlangt uns alles ab.

Nach Messerattacken, nach Übergriffen, nach feindseligen Begegnungen – wir brauchen Zeit.

Zeit, zu reflektieren.

Zeit, mit Kolleginnen und Kollegen zu sprechen.

Zeit, seelisch wieder klarzukommen.

Ohne diese Räume, ohne Supervision, ohne echte Unterstützung bleibt „Haltet durch“ nur eine leere Parole.

Wir wollen keine moralischen Richter sein. Wir wollen Menschen bleiben.

Menschen, die stark sind, ohne kalt zu werden. Die klar sind, ohne naiv zu sein.

Menschen, die Haltung zeigen – auch, wenn es schwer ist.

Denn Demokratie stirbt dort zuerst, wo Menschen zu Nummern, Gruppen oder Feindbildern gemacht werden.

Wir wollen nicht zusehen, wie das geschieht. Wir wollen helfen, es zu verhindern.

Wir sichern nicht bloß einfach Straßen und Plätze. Wir sichern das Versprechen, dass jeder Mensch in diesem Land gleichbehandelt wird.

Und genau das macht uns stark. ■

Jens Mohrherr



DIE ERSTEN SCHRITTE IN DER VORSTANDSARBEIT

Am 4. und 5. September 2025 fand in Willingshausen-Zella das Seminar „Funktionäre in der GdP – Arbeit in GdP-Gremien und -Vorständen“ statt. Vier Frauen und elf Männer nahmen teil, begleitet von den Referenten Daniel Klimpke und Jochen Zeng. Ziel war es, den Teilnehmenden erste Einblicke in die verantwortungsvolle Arbeit innerhalb von Vorständen und Gremien zu geben. Schon in der Vorstellungsrunde wurde deutlich, wie unterschiedlich die Teilnehmenden aufgestellt waren. Wir möchten unseren Nachwuchs professionell auf die Aufgaben vorbereiten.



Wir starteten mit einer sehr vielfältigen Gruppe und es sollte ein lebendiger Austausch folgen. Das Spektrum der Teilnehmenden war breit aufgestellt.

Von Polizeibediensteten der Landespolizei, über Verwaltungsmitarbeitende, bis hin zu Kräften der Ordnungs- und Stadtpolizei brachten jede und jeder wertvolle Erfahrungen ein. Diese Vielfalt führte zu einem besonders intensiven und praxisnahen Austausch.

75 Jahre GdP – ein Jubiläum zum Feiern

Ein Höhepunkt gleich zu Beginn:

Die GdP feiert in diesem Jahr ihr 75-jähriges Bestehen. Ein Anlass, stolz zurückzuschauen auf zahlreiche Verbesserungen für die Beschäftigten und erfolgreiche politische Arbeit – und zugleich Motivation, solidarisch in die Zukunft zu blicken.

Theorie verständlich erklärt

In einer Theorieeinheit, die keineswegs trocken war, wurden grundlegende Fragen geklärt:

Was dürfen Gewerkschaften und ihre Mitglieder eigentlich? Oder wie ist vorzugehen, wenn ein Mitglied in Regress genommen wird? Dank klarer Struktur, lebendiger Beispiele und lockerer Vermittlung gelang es den Referenten, selbst

komplexe Inhalte praxisnah und verständlich darzustellen.

Gastfreundschaft und Vernetzung

Auch das Umfeld trug zum Gelingen bei: Der Landgasthof Bechtel überzeugte wieder einmal mit herzlicher Gastfreundschaft und guter Küche.

Beim gemeinsamen Essen entstanden viele Gelegenheiten, Kontakte zu knüpfen und Erfahrungen zu teilen – in einer Atmosphäre, die Lust auf Wiedersehen machte. Alle fühlten sich sichtlich wohl bei der Gewerkschaftsfamilie in der Schwalm.

Besuch des Landesvorsitzenden Jens Mohrherr

Ein besonderes Highlight war der Besuch des Landesvorsitzenden Jens Mohrherr. Er sprach über aktuelle gesellschafts- und gewerkschaftspolitische Themen – von Cyberkriminalität bis hin zu den anstehenden Tarifverhandlungen im TV-H. Er hob hervor, dass die GdP direkt am Verhandlungstisch mitmischt, was viele bislang nicht wussten.

Mit seiner klaren Botschaft „Die Schwächsten müssen am besten behandelt werden“ betonte er die Bedeutung von Solidarität und Geschlossenheit. Für

viele Teilnehmende war dieser Austausch einer der Höhepunkte des Seminars.

Leistungen der GdP im Überblick

Am zweiten Tag stellten die Referenten die zahlreichen Angebote der GdP vor – von Rechtsschutz über Informationsangebote wie App, Magazine und Datenbanken, bis hin zu attraktiven Vergünstigungen. Vielen wurde dabei erneut bewusst, wie umfassend die Gewerkschaft ihre Mitglieder unterstützt.

Motivation für die Zukunft

Zum Abschluss nutzten die Teilnehmenden die Gelegenheit, bei einer gemeinsamen Mahlzeit noch einmal ins Gespräch zu kommen. Kontakte wurden vertieft, Ideen für zukünftige Zusammenarbeit geschmiedet und die gemeinsame Motivation gestärkt.

Fazit: Das Seminar vermittelte nicht nur wichtiges Wissen, sondern zeigte auch, wie wertvoll Austausch, Gemeinschaft und Engagement in der GdP sind.

Alle Teilnehmenden kehrten mit neuen Impulsen und dem klaren Gefühl zurück: Gewerkschaftsarbeit lohnt sich – für jede und jeden, aber vor allem für die Gemeinschaft. ■

Eva Wegstein



JUNGE GRUPPE DER GdP RICHTET SICH NEU AUS

Mit großer Freude blickt unsere Junge Gruppe Hessen auf eine erfolgreiche Sitzung im Rahmen der Landesjugendkonferenz 2025 im Landgasthaus Bechtel in Zella zurück. Nach einem lebendigen Austausch ist unser gemeinsamer Weg klarer denn je – und mit neuem Vorstandsteam starten wir voller Energie in die nächsten vier Jahre. Die Konferenz begann mit einer herzlichen Begrüßung der Teilnehmenden, der Gäste und der Vorstellung des Tagesprogramms.



JUNGE GRUPPE

Bilder: JG GdP

Starker Auftakt mit Gästen aus Bund und Bezirk

Nach der Begrüßung und dem Einstieg in die Tagesordnung begann eine lebendige Sitzung, die von Austausch, Offenheit und Motivation geprägt war.

Als Gäste durften wir Charlotte Rosadick, DGB-Bezirksjugendsekretärin, sowie Michél Odenthal aus dem Bundesjugendvorstand der Jungen Gruppe der GdP begrüßen.

Im Mittelpunkt standen die aktuellen Entwicklungen innerhalb der Jungen Gruppe sowie die zukünftige Ausrichtung der Jugendorganisation. Die Einladung, aktiv an der Gestaltung der kommenden Jahre mitzuwirken, fand großen Anklang – der Geist der Mitbestimmung war in jedem Beitrag spürbar.

Intensive Beratung und zukunftsweisende Beschlüsse

Ein zentraler Teil der Konferenz war die Beratung und Beschlussfassung mehrerer Anträge, die sowohl strategische als auch organisatorische Themen betrafen.

In einer offenen und respektvollen Diskussion wurden Argumente ausgetauscht, Fragen gestellt und unterschiedliche Perspektiven eingebracht.

Die mit großer Mehrheit angenommenen Anträge bilden nun eine solide Grundlage, um die gesteckten Ziele mit Tatkraft umzusetzen und wichtige Impulse in die Arbeit der Landes-GdP einzubringen.

Neuwahl des Landesvorstandes:

Ein starkes Team für die Zukunft.

Ein Höhepunkt der Landesjugendkonferenz 2025 in Zella war die Wahl eines neuen Jugendvorstands.

Das neu gewählte Team bringt frische Ideen, vielfältige Kompetenzen und große Motivation mit, um die Junge Gruppe Hessen in den kommenden vier Jahren erfolgreich zu vertreten.

Ein herzliches Dankeschön gilt allen Kandidatinnen und Kandidaten, sowie den Teilnehmenden, die mit ihrer Stimme und ihrem unbändigen Engagement für die Mitglieder der GdP zum Gelingen der Konferenz beigetragen haben.

Der neue Landesvorstand der Jungen Gruppe Hessen:

- Vorsitzender: Lukas Brauer (KD-PP NH)
- Stellvertreterinnen: Anna Raschke (TEE-HPE), Gianina Lüttger (HPT), Janina Fischer (KD-PP FFM)
- Kassierer: Stefan Krollmann (PD-PP-WH)

- Stellv. Kassierer: Angelina Arnold (KD-PP NH)
- Schriftführer: Katharina Eggert (PD Schwalm-Eder-Kreis-PP NH)
- Stellv. Schriftführer: Cora Borrmann (EE41-HPE)

Ausblick: Unsere gemeinsame Zukunft aktiv mitgestalten

Mit einem neuen engagierten Vorstand und klaren Beschlüssen blickt die Junge Gruppe Hessen optimistisch nach vorn.

„Gemeinsam können wir viel bewegen“, lautet das Selbstverständnis des neuen Teams – und dieser Satz steht sinnbildlich für den Zusammenhalt, der die Junge Gruppe Hessen ausmacht.

Ein besonderer Dank gilt den ausgeschiedenen Mitgliedern des vorherigen Landesjugendvorstands für ihren Einsatz für unsere Kolleginnen und Kollegen und ihre wertvolle Arbeit in den vielen vergangenen Jahren.

Mit neuem Schwung, Leidenschaft und Verantwortungsbewusstsein startet die Junge Gruppe Hessen nun in die kommende Amtszeit.

Wir sind bereit, unsere Zukunft aktiv mitzugestalten. ■

Lukas Brauer



Danke von Lukas Brauer und Anna Raschke (außen) für das Engagement der letzten Jahre an: Kai Bette und Franziska Fuchs

JUNGE GRUPPE

Das kannst du auch!
Mach mit!



Neuer Vorstand: v.l.n.r.: Kassierer Stefan Krollmann, Stellvertreterin Gianina Lüttger und Vorsitzender Lukas Brauer

MIT KOPF UND HERZ AKTIV – AUF EIN NEUES

LANDESSENIORENKONFERENZ BESCHREIBT DIE ARBEIT FÜR DIE NÄCHSTEN JAHRE

Gut fünfzig Delegierte kamen am 11. September in Zella zusammen, und sie hatten nur eins im Sinn – zu diskutieren und zu wählen. Okay, es gab auch reichlich Tagungsgetränke und ein den Anstrengungen angemessenes Mittagessen aus Bechtels bekannter, ja fast schon berühmter Küche. Angesichts dieser Rahmenbedingungen konnten die Delegierten aus neun Bezirksgruppen um kurz nach zehn mit Kopf und Herz ans Werk gehen.



Bilder: Braun

Zunächst überlegte Reinhard Mey in seinem Lied zum Tage, dass auch er offensichtlich älter wird. Das ist nicht verwunderlich, denn der gute Mann ist schon 82 Jahre alt. Dieses Alter hat er gemeinsam mit einigen Delegierten, und gemeinsam haben sie auch, dass sie in dieser Lebensphase noch aktiv sind mit Kopf und Herz.

Reinhard mit seiner Musik, die Delegierten mit ihrem Engagement für und in der GdP. So galt der erste Willkommensgruß des Landesseniorenvorsitzenden Bernd Braun besonders diesen Kolleginnen und Kollegen.



Er begrüßte die Gäste der Konferenz, an der Spitze Gundula Thiele-Heckel, die in Vertretung des Bundeseniorenvorsitzenden Ewald Gerk das Grußwort des Bundeseniorenvorstandes überbrachte.

In diesem wies sie vor allem auf die laufenden Initiativen des Bundeseniorenvorstandes hin und hob dabei die Auflage der neuen Broschüren hervor. Gundula verdiente sich ihren Applaus redlich.

Der Willkommensgruß galt darüber hinaus den Vertretern des gLBV – Nina Bachelier, Daniel Klimpke, Stefan Ruppel und Sebastian Schubert, sowie der Landesfrauenvorsitzenden Andrea Baumgart.

Stilles Gedenken an unsere Verstorbenen

Nicht vergessen sind unsere verstorbenen Mitglieder. Im Gedenken an sie verlas Bernd Braun elf Namen aus allen Bezirksgruppen. Für sie hatte sich die Konferenz erhoben und harpte aus, als er an die To-

ten des Terroranschlags in New York erinnerte, der sich zum 24. Mal jährte.

Geschäftsbericht des Vorstands

Bernd Braun ging auf den Beginn der Legislatur ein, die noch ganz im Zeichen der Coronapandemie gestanden hatte.

Das hinderte jedoch nicht daran, mit Engagement und Zuversicht an die Arbeit zu gehen. Davon ließ er sich auch nicht abhalten, als zwei Vorstandsmitglieder ihren Rücktritt erklärten. Die Nachfolgeregelungen verliefen in den betroffenen Bezirksgruppen unterschiedlich. Dies zeigt die Notwendigkeit, frühzeitig für Nachwuchs in den Seniorenvertretungen zu sorgen. Der Landesseniorenvorstand wird diese Bemühungen unterstützen.

Schwerpunkthemen des Vorstands

Den größten Teil des Berichts nahm naturgemäß die Arbeit des Seniorenvorstandes ein. Der Schwerpunkt lag bei den Themen Wohnen, Mobilität und die Gesundheitsvorsorge. Alles Daueraufgaben, ebenso das Bemühen, Altersarmut zu verhindern, insbesondere für die Rentnerinnen und Rentner.

Wertschätzung der „Ehemaligen“

Ein bis dahin eher weniger beachteter Aspekt rückte danach in den Vordergrund. Wie sieht es aus mit Wertschätzung des Dienstherrn und der Dienststellen für ihre ehemaligen Beschäftigten?

Dieser Frage ging der Landesseniorenvorstand in einer Klausur nach und hatte dazu den seinerzeit noch neuen Innenminister Poseck eingeladen. Er hatte dieses Thema noch gar nicht auf dem Schirm und sagte zu, es in seinem Ministerium auf die Tagesordnung zu setzen. Ein sichtbares Zeichen sollte nach den Vorstellungen der hessischen Seniorinnen und Senioren ein Ausweis nach dem Muster des aktuell neuen Dienstausweises für die

hessische Polizei sein. Die Ministerialbürokratie hatte eine Menge Bedenken und verhinderte das Vorhaben. Das war nach der guten Gesprächsatmosphäre vorher eine Enttäuschung.

Nächste Enttäuschung folgte schnell

Es kam zu einer Vertrauenskrise, als die nach den Tarifverhandlungen zugesagte und bereits im Landtag beschlossene Übernahme des Ergebnisses für die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger verschoben wurde.

Diese Krise hält weiter an, wie an der Reaktion der Versammlungsteilnehmer zu erkennen war. Auch eine Frage der Wertschätzung ist die hartnäckige Abwehrhaltung des für die Seniorenarbeit zuständigen Ministeriums, unserer Konferenz für ein Statement und eine Diskussion zur Verfügung zu stehen. Offenbar hatte dort niemand Zeit für uns – oder schlichtweg kein Interesse und nichts zu sagen.

Senioren mit gestiegenem Einfluss

Neu im Aufgabenspektrum war die Teilnahme eines Seniorenvertreters an den Tarifverhandlungen im Frühjahr 2024. Dies ist die Folge des Landesdelegiertentages im Jahr 2022, als die Delegierten mit einer Satzungsänderung den GdP-Senioren einen Sitz im geschäftsführenden Landesbezirksvorstand gewährten.

Damit sind sie ganz nah am wichtigsten Entscheidungsgremium zwischen den Delegiertentagen dran.

Die Seniorenarbeit in der hessischen GdP hat einen neuen Stellenwert erhalten. Das wird auch dadurch deutlich, dass die Seminare für angehende und vorhandene RuheständlerInnen und RentnerInnen durch eine Reihe mit Veranstaltungen zur Steigerung der Kompetenz im Umgang mit der zunehmenden Digitalisierung erweitert wurden.

Die Versammlungsleitung und ihr Kampf mit der Technik



T. Müller, K. Vestweber, J. Aschenbrenner

Unterstützt durch sachkundige Kollegen im gLBV wurde auch die Präsenz in den neuen Medien verstärkt.

Aussprache mit alt bekannten Themen

In der anschließenden Aussprache standen die Beihilfe und die mangelnde Wertschätzung im Mittelpunkt. Vor allem die nach wie vor unzumutbar langen Bearbeitungszeiten erregten den Unmut der Delegierten. An mehreren Beispielen wurde die Misere deutlich gemacht.

Die Besorgnis der Versammlungsleitung, der Zeitplan könnte nicht eingehalten werden, begegnete zunächst die Mandatsprüfungs- und Wahlkommission und anschließend die Delegierten mit hohem Tempo und dem Verzicht auf Geheimnisse bei den folgenden Wahlen.

Diese erfolgten rasch für die in den Seniorenrichtlinien vorgesehenen Funktionen sowie die Bestätigung der Beisitzer. Das Ergebnis ist unten im Bericht aufgeführt. So blieb noch genügend Zeit für die Antragsberatung.

Anträge der Seniorenkonferenz

Hier stand die Diskussion über die Aktualisierung der hessischen Seniorenrichtlinien im Mittelpunkt. Sie brachte einige Änderungen in den Entwurf, der am Ende einstimmig angenommen wurde.

Das galt auch für einen Dringlichkeitsantrag des Landesseniorenvorstandes. Er befasst sich mit der Bearbeitung der Beihilfeanträge und beruht auf einer Gesetzesinitiative des Bundes.



Frauenpower bei den Senioren



Im Vorgriff auf die Bearbeitung auf dem kommenden Landesdelegiertentag werden wir den inhaltlichen Auftrag vorab aufgreifen.

Großer Dank an Harald Dobrindt

Nach dem typisch Bechtel'schen Mittagessen war die Würdigung des bisher im Landesseniorenvorstand eingebrachten Engagement an der Reihe.

Harald Dobrindt, Vorgänger des im Amt bestätigten Landesseniorenvorsitzenden, hat sich zukünftig ganz auf die Pflege des Familienlebens und des heimatlichen



Harald Dobrindt erhält den Dank für viele Jahrzehnte engagierte Gewerkschaftsarbeit

Grundstücks, sowie dem Reisen verschrieben. Er erhielt unter dem Beifall der Konferenz ein kleines, aber feines Verzehrpaket aus der Schwalm.

Aus Landes-GdP und Hauptpersonalrat

An Stefan Rüppel, auch in der Vertretung des Landesbezirksvorsitzenden Jens Mohrherr Gast der Konferenz und Daniel Klimpke, Vorsitzender des Hauptpersonalrats der Polizei, lag es danach, die aktuellen Themen und Projekte in den Gremien darzustellen.

Die engagierte und zum Teil auch emotionale Debatte zu den Berichten zeigte, das auch „Ehemalige“ noch im polizeilichen Leben stehen, wenn auch nur noch mit einem oder Bein oder Arm.

Fazit und Aussichten der Konferenz

In seinem Schlusswort skizzierte Bernd Braun die Herausforderungen für die Seniorenarbeit in den nächsten Jahren.

Drohende Einkommensverluste durch Kürzung bei den Renten und Pensionen, Einschnitte im Gesundheitssystem, weniger Förderung des öffentlichen Personenverkehrs sind nur einige Beispiele dafür.

Äußerungen aus der Politik – der Sozialstaat ist nicht mehr finanzierbar – oder der Wissenschaft – soziales Pflichtjahr für Rentner – lassen den Schluss zu, dass es für uns als Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen viel zu tun gibt.

Wir gehen jedoch gestärkt und zuversichtlich in diese Zukunft –

Mit Kopf und Herz aktiv in unserer GdP ■

Bernd Braun

Der Landesseniorenvorstand		
Vorsitzender:	Bernd Braun	(BZG FFM)
Stv. Vorsitzende:	Erika Büttner	(BZG PZBH)
Stv. Vorsitzende:	Simone Riese	(BZG NH)
Schriftführer:	Karl-H. Braun	(BZG SH)
Stv. Schriftf.:	Harald Zwick	(BZG MH)
Beisitzer:	Volker Zeidler	(BZG NH)
Beisitzer:	Michael Messer	(BZG WH)
Beisitzer:	Karsten Bech	(BZG OH)
Beisitzer:	Valentin Müller	(BZG HPE)



Gute Arbeit im Konferenzbüro

FESTAKT IN BERLIN

HESSEN-GdP FEIERT MIT

GdP Bund feiert 75 Jahre + 35 Jahre mit den Ost-Bundesländern!

Am 10. Und 11. September waren wir mit einer hessischen Delegation zum Festakt nach Berlin eingeladen.

An besonderer Örtlichkeit – auf einem Ausflugsschiff über die Spree fahrend – waren selbstverständlich auch namhaft geladene Gäste mit dabei.

So waren u.a. die ehemaligen Bundesvorsitzenden der GdP unser amtierender Bundesinnenminister Alexander Dobrindt, DGB Bundesvorsitzende Yasmin Fahimi, sowie aus Hessen die ehemalige Bundesinnenministerin und Mitglied des Bundestages Nancy Faeser mit an Bord.

Gewerkschaftsarbeit ist kein Selbstzweck. Das wurde auch bei den Beiträgen, wie z.B. einem Generationen-Talk deutlich.

Bundesinnenminister Alexander Dobrindt definierte seine Rolle und Aufgabe als oberster Interessensvertreter der Polizistinnen und Polizisten. In diesem Zusammenhang kündigte er konkrete Schritte, wie etwa bei der Frage der amtsangemessenen Alimentation an.

Abgerundet wurde die Veranstaltung durch GdP Bundesvorsitzenden Jochen Kopelke. Besonders herausgestellt wurde auch, dass es alles andere als selbstverständlich war, dass die GdP vor 35 Jahren die Kolleginnen und Kollegen aus den Ost-Bundesländern mit in die Familie holen konnte und es dafür viel Engagement der beteiligten bedurfte. Der Folgetag war durch eine „Große Gremiensitzung“ sowie Einzelsitzungen der Einzelbereiche, wie z.B. der Vertrauensleute geprägt.



GdP/Kay Herschelmann

Mittendrin ein KI basiertes Hologramm einer Kollegin, die zur GdP, ihrer Geschichte und allen weiteren relevanten Daten live befragt werden konnte. Dieses anschauliche Beispiel der GdP Kooperation zeigte ganz klar auf wie die Entwicklung weiter voranschreitet. Dass KI dabei von Polizei und Sicherheitsbehörden genutzt werden muss stellt wohl niemand mehr in Frage – es geht nur noch um die Frage der Möglichkeiten, Ausprägungen und evtl. Schranken. Das begleiten wir als GdP proaktiv um nicht nur zu reagieren, sondern aktiv mit zu gestalten. KI ist schon heute z.B. in folgenden Bereichen sinnvoll einsetzbar: Einsatz (Sprachbasierte Einsatzdokumentation, Automatische Lageinformationen, Intelligente Schicht- und Einsatzplanung), Ermittlung (KI generierte Fahndungsbilder, digitale Checklisten und Standardisierung von Dokumenten, generierte Sachstände und Ermittlungsdokumente), Verwaltung (Sprachunterstützte Formularhilfe, Anzeigenaufnahme durch KI-Avatar, Termin- und Besprechungsplanung), Aus- und Weiterbildung (Interaktive Lernhilfe für Vorschriften und Neuerungen, Einsatz- und Vernehmungstraining), uvm.

Bei der Sitzung der Vertrauensleute wurde durch Kathrin Kuhl als Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes das VL-Konzept nochmal beschrieben und auf die Multiplikatorausbildung eingegangen. In einem offenen Austausch, der sich durch alle GdP Bereiche und Landesbezirke zog wurde die Vielfalt und die schier grenzenlose Kreativität bei GdP-Aktionen deutlich.

Es waren sich alle einig, dass das VL-Konzept bewährt ist und aber auch immer wieder mit Leben gefüllt werden muss.

Alles in allem eine sehr gelungene 75er Geburtstagsfeier mit klarem Blick in die Zukunft und in welchen Bereichen GdP auch heute Ihre Aufgabenfelder zu bearbeiten hat. Dass das nur mit einer starken Mitgliedschaft funktioniert ist dabei die Grundlage einer funktionierenden Gewerkschafts- und Interessensvertretung.

C.R.

GENAU SO!
GDP

DER GdP-BEIRAT FORDERT:

GERECHTE BESOLDUNG, FAIRE ARBEITSBEDINGUNGEN – JETZT HANDELN

GdP-Beirat fordert: Gerechte Besoldung, faire Arbeitsbedingungen – Jetzt handeln!

Am 30. Oktober 2025 tagte der Beirat der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Hessen im Stadthaus Bruchköbel im Main-Kinzig-Kreis. Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus allen Kreisgruppen waren zusammengekommen, um gewerkschaftspolitische Schwerpunkte zu beraten. **Jens Mohrherr** eröffnete die Sitzung und stellte diese unter das Rubrum vieler gewerkschaftspolitischer Schwerpunktthemen, von gerechter Besoldung über faire Arbeitsbedingungen bis hin zu Zukunftsfragen der hessischen Polizei. Der Beirat ist das höchste Gremium der GdP Hessen zwischen den Landesdelegiertentagen und bestimmt maßgeblich die politische Linie des Landesvorstandes. Begrüßt wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer durch **Daniel Klimpke**, der souverän durch das Programm führte. Die Bruchköbeler Bürgermeisterin und ehemalige Polizeibeamtin, **Sylvia Braun**, begrüßte die Gäste mit einem Augenzwinkern: Noch nie sei das Stadthaus so gut gesichert gewesen – denn zeitgleich tagte auch die Ordnungs- und Stadtpolizei des Main-Kinzig-Kreises. Sylvia Braun war 30 Jahre lang als Kriminalhauptkommissarin tätig, bevor sie seit April 2020 das Amt der Bürgermeisterin übernahm. Mittlerweile wurde sie mit beeindruckender Mehrheit Mitte Oktober 2025 zum zweiten Mal wiedergewählt. Es ist immer wieder schön anzusehen, wenn

Kolleginnen und Kollegen aus der Polizei Ämter einer Bürgermeisterin oder eines Bürgermeisters übernehmen. Dies zeugt von Kompetenz und einem hohen Maß an Vertrauen für unseren Berufsstand!

Gewerkschaftspolitischer Bericht: Klare Kante für faire Bezahlung

In seinem umfassenden Geschäftsbericht zog **Landesvorsitzender Jens Mohrherr** eine Bilanz der vergangenen Monate und gab einen Ausblick auf die kommenden Herausforderungen. Im Mittelpunkt stand die anhaltende Auseinandersetzung um die **verfassungswidrige Besoldung** in Hessen und die **Verschiebung der Besoldungserhöhung um vier Monate**. „Unsere Kolleginnen und Kollegen leisten tagtäglich einen enormen Beitrag zur Sicherheit in diesem Land. Es ist nicht hinnehmbar, dass sie finanziell und strukturell weiter benachteiligt werden“, betonte Mohrherr. Die GdP Hessen fordere daher eine **gerechte Besoldung**, die dem verfassungsrechtlichen Anspruch genügt und die tatsächliche Arbeitsbelastung widerspiegelt. Ein weiteres zentrales Thema waren die **Arbeitsbedingungen** in der hessischen Polizei. Angesichts wachsender gesellschaftlicher Spannungen und steigender Einsatzbelastung brauche es endlich mehr Anerkennung und konkrete Entlastung. „Wir müssen die Arbeitsrealität unserer Kolleginnen und Kollegen ernst nehmen – jetzt, nicht erst morgen“, so Mohrherr weiter. Auch die Gewalt gegen Polizeibeschäftigte war Schwerpunktthema. „Jeder Angriff auf eine Polizistin oder

einen Polizisten ist ein Angriff auf den Staat und unsere Demokratie“, erklärte Mohrherr unter großem Beifall. „Wir dürfen es nicht hinnehmen, dass diejenigen, die täglich für die Sicherheit anderer eintreten, selbst immer häufiger Opfer von Gewalt werden.“ Er forderte mehr Rückhalt aus Politik, Justiz und Gesellschaft: „Wer Polizistinnen und Polizisten angreift, greift die Werte unseres Zusammenlebens an. Wir erwarten, dass solche Taten konsequent verfolgt und geahndet werden – ohne Relativierung.“ Neben einer konsequenten Strafverfolgung mahnte Mohrherr auch besseren Schutz und Nachsorge an: „Schutz darf nicht nur in Worten bestehen. Es braucht wirksame Maßnahmen, klare Einsatzkonzepte und eine professionelle Betreuung der Betroffenen nach Gewalterfahrungen.“

Premiere: Landespolizeipräsident Paschek zu Gast

Ein besonderer Höhepunkt war der Besuch des **Landespolizeipräsidenten Felix Paschek**, der als erster LPP an einer Beiratssitzung der GdP Hessen teilnahm. In seinem Grußwort sprach Paschek über die zentralen Zukunftsprojekte der hessischen Polizei – von **Standardisierung und Digitalisierung** über **belastungsorientierte Personalsteuerung** bis hin zu den Projekten **P 25, S 25** und weitere **Projekte rund um die hessische Polizei**. Unter dem Leitgedanken „*Was braucht eine erfolgreiche Polizei?*“ stellte er klar: „Unser wichtigstes Gut sind die Menschen, die in dieser Organisation arbeiten.“ Paschek



Sylvia Braun,



Felix Paschek



Polizeidirektor Moritz von Zeschwitz,

bedankte sich ausdrücklich für den konstruktiven und engagierten Beitrag der Personalräte und Gewerkschafter.

Im Anschluss stand er den Anwesenden für zahlreiche Fragen zur Verfügung. LPP Felix Paschek sparte auch das Thema rund um die Vorfälle beim 1. Polizeirevier in Frankfurt am Main nicht aus. Im 1. Polizeirevier Frankfurt am Main (Ost-Zeil) laufen Ermittlungen gegen 17 **Polizeibedienstete** wegen mutmaßlicher **Körperverletzung im Amt, Strafvereitelung und Verfolgung Unschuldiger**. Im Einzelnen: Den Beschuldigten wird vorgeworfen, zwischen Februar und Ende April 2025 insgesamt sechs Männern während oder nach deren Festnahme unberechtigt körperlichen Schaden zugefügt zu haben bzw. solche Handlungen geduldet zu haben.

Blick in die Zukunft: Drohnenstrategie der hessischen Polizei

Mit einem spannenden Fachbeitrag bereicherte **Polizeidirektor Moritz von Zezschwitz**, Leiter der Polizeifliegerstaffel Hessen, die Sitzung. Unter dem Titel „*Drohnenstrategie Polizei Hessen*“ präsentierte er den aktuellen Stand und die Perspektiven des Drohneneinsatzes in der polizeilichen Arbeit. Drohnen seien längst ein unverzichtbares Einsatzmittel, so von Zezschwitz. Sie könnten die Sicherheit erhöhen und Polizeibeamtinnen und -beamte spürbar entlasten. Gleichzeitig betonte er die Bedeutung von **Detektion und Abwehr unbemannter Fluggeräte (cUAS)** – ein Feld, das in Zukunft weiter an Relevanz gewinnen werde. „Hubschrauber und Drohnen ergänzen sich – sie sind kein Gegensatz, sondern zwei Seiten derselben Medaille“, so von Zezschwitz. **Einsatzbereiche: Lageübersicht bei Großveranstaltungen und Demonstrationen** – Echtzeitbilder ermöglichen eine bessere Koordination der Einsatzkräfte, **Unterstützung bei Fahndungen** – Drohnen können schwer zugängliche Areale überwachen, z. B. Wälder oder Industriegebiete. **Verkehrsüberwachung und Unfallaufnahme** – Drohnen liefern schnell einen umfassenden Überblick, wodurch Absperrungen reduziert werden können. **Suche nach vermissten Personen** – Wärmebildkameras erleichtern die Lokalisierung in schwierigen Umgebungen. **Vorteile für die Polizei: Entlastung der Einsatzkräfte** – Drohnen übernehmen risikoreiche Beobachtungsaufgaben, **Schnelle Informationsbeschaffung** – Livebilder liefern Entscheidungsgrundlagen in Echtzeit, **Kosteneffizienz** – Einsätze

mit Drohnen sind oft günstiger als der Einsatz von Hubschraubern, **Prävention von Gewalt** – Drohnen können Konfliktsituationen frühzeitig erkennen, bevor es zu Angriffen auf Beamte kommt.

Verabschiedungen und personelle Weichenstellungen

Emotional wurde es, als **Heinz Schiskowsky** (in Abwesenheit) und **Karsten Bech** für ihre langjährige, engagierte Arbeit im Landesvorstand verabschiedet wurden. „Ihr habt diese Gewerkschaft mitgestaltet und geprägt. Dafür gebührt euch unser aufrichtiger Dank“, würdigte **Mohr Herr** die beiden scheidenden Kollegen. Gleichzeitig wurden **Marika Hertling** als künftige stellvertretende Landesvorsitzende und **Tarifexpertin** sowie **Janna Knutas** als **LBV-Beauftragte** für Studierende offiziell gewählt bzw. in ihrem Amt bestätigt. Beide werden künftig wichtige Impulse in der Landesvorstandsarbeit setzen – insbesondere mit Blick auf Tarifpolitik und Nachwuchsförderung.

Solide Finanzen – intensive Tarifvorbereitung

Landeskassiererin Sylvia Schwegel-Otto legte einen soliden Finanzbericht vor und bestätigte die stabile wirtschaftliche Lage der GdP Hessen. Anschließend informierten **Marika Hertling** und **Tobias Fenner** über den Stand der Vorbereitungen zu den **Tarifverhandlungen 2026 (TV-H)**. Im Fokus steht dabei eine **breite Mitarbeiterbefragung**, um die Erwartungen und Forderungen der Mitglieder gezielt in die Verhandlungen einzubringen. Ziel sei es, die Interessen von Tarifbeschäftigten und Beamtinnen bzw. Beamten gleichermaßen zu vertreten – insbesondere im Hinblick auf eine mögliche Übertragung der Tarifergebnisse.

Berufsvertretungsstunde, Seminare und Perspektiven

Stefan Rüppel gab einen Überblick über die aktuellen Entwicklungen rund um die **Berufsvertretungsstunde** sowie einen Ausblick auf das **Seminarprogramm 2026**, das einige Neuerungen und Überraschungen bereithält. Damit unterstreicht die GdP Hessen ihren Anspruch, die berufliche und persönliche Weiterentwicklung ihrer Mitglieder, gerade bei den Studierenden der HöMS, also zu Beginn der Polizeiaufbahn, aktiv zu fördern.

Klarer Auftrag für 2026

Wir erwarten von der Landesregierung klare Signale: Wertschätzung für unsere Kolleginnen und Kollegen, faire Bezahlung und echte Entlastung. Unsere **Polizeibeschäftigten** leisten tagtäglich

Höchstleistung – dafür brauchen sie nicht nur Worte, sondern wirksame Maßnahmen, Schutz und Perspektiven. Technik wie Drohnen oder Digitalisierung darf nie Ersatz für Personal oder verantwortungsvolle Arbeitsbedingungen sein. Sicherheit und Arbeitsschutz müssen immer Hand in Hand gehen. Auch beim Projekt S 25 müssen gewerkschaftspolitische Forderungen eingepreist werden: Die GdP fordert eine deutliche Reduzierung der Wochenarbeitszeit für Beamtinnen und Beamte im Schicht und Wechselschichtdienst. Konsequenz kann nur die Rückführung der Wochenarbeitszeit auf das Tarifniveau von 38,5 Stunden sein! Die Anerkennung der besonderen gesundheitlichen und sozialen Belastung durch Wechselschichtdienst und Entlastungsmaßnahmen dafür. Eine Verbesserung der Schichtzulagen bzw. „angemessene Erhöhung der Schichtzulagen, die die besonderen Belastungen dieser Arbeitszeiten widerspiegeln müssen. Die Beibehaltung der bestehenden Ruhestandsregelung in Hessen darf nicht angetastet werden. Über vier Millionen Überstunden Stand Oktober 2025 sprechen für sich und für eine Personalmehrung!

Zum Abschluss fasste **Jens Mohr Herr** die Ergebnisse der Sitzung zusammen und richtete den Blick nach vorn: „Die Herausforderungen bleiben groß – aber wir sind stark, entschlossen und gut aufgestellt. Die GdP Hessen wird auch in Zukunft mit klarem Kurs für gerechte Besoldung, faire Arbeitsbedingungen und die Interessen ihrer Mitglieder kämpfen.“ Mit Blick auf die im nächsten Jahr stattfindenden Tarifverhandlungen in Hessen fügte er hinzu: „Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst halten dieses Land am Laufen – in der Polizei oft unter extremen Bedingungen. Wir erwarten, dass das Land Hessen in dieser Tarifrunde ein klares Zeichen der Wertschätzung setzt. Gute Arbeit braucht gute Bezahlung – und zwar für alle. Stillstand oder Verschiebungen akzeptieren wir nicht mehr. Wir werden mit starker Stimme und geschlossenem Rückhalt unserer Mitglieder in die Verhandlungen gehen.“ Mit diesem klaren Bekenntnis endete eine arbeitsreiche und zugleich richtungsweisende Beiratssitzung, die deutlich machte: **Die GdP Hessen steht geschlossen und kämpferisch hinter ihren Mitgliedern – jetzt erst recht.**

Text: Markus Hüschenbett/
Jens Mohr Herr
Fotos: Markus Hüschenbett

BEZIRKSDELEGIERTENKONFERENZ IN FRANKFURT

Am 25.09.2025 lud die Bezirksgruppe Frankfurt am Main ihre Delegierten ins Bürgerhaus Bornheim ein. Die Bezirksdelegiertenkonferenz der BZG Frankfurt am Main stand an.

Die Vorbereitungen waren getroffen, der Raum ausgestaltet und die Roll-Ups zeigten den Eingeladenen den Weg. Nach und nach erschienen die Delegierten und trugen sich in die Anwesenheitsliste ein.

Auch die eingeladenen Gäste erschienen pünktlich, Daniel Klimpke vom Hauptpersonalrat der Polizei und Frau Stadträtin Rinn.

Zum Anfang wurden alle Delegierten vom Bezirksvorsitzenden Jochen Zeng begrüßt. Er stellte den vorgesehenen Tagesablauf und die Tagesordnung vor. Zudem ging er kurz auf die Formalien am heutigen Tage und die Organisation ein. Die Tagesordnung war der erste Abstimmungstestlauf für die Delegierten und diese stimmten der Tagesordnung zu.

Leider waren zwischen den beiden Konferenzen einige Mitglieder der Bezirksgruppe verstorben. Im Rahmen der Totenehrung wurden die Namen einzelner Mitglieder verlesen. Wir als GdP werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

Nach der Totenehrung stieg die Konferenz in den Tagesablauf ein. Es wurde die Verhandlungsleitung gewählt. Nach der einstimmigen Wahl übernahmen Bernd Braun, Marianne Diefenthaler und Isabell Rost die Leitung und



Frau Stadträtin Rinn mit Jochen Zeng führten von da an die Delegierten durch die Konferenz.

Nach den Berichten vom Vorsitzenden, der Kassiererin und dem Kassenprüfer wurde der alte Vorstand entlastet. Somit war der Weg für Neuwahlen frei.

Die Kandidatenvorschläge der Bezirksgruppe wurden verlesen und vorgestellt. Gegenkandidaten gab es keine, so dass am Ende der Vorstand der Bezirksgruppe Frankfurt am Main wie folgt gewählt wurde:

Jochen Zeng – Vorsitzender
 Benjamin Jäger – stellv. Vorsitzender
 Daniel Foltes – stellv. Vorsitzender
 Petra Moosbauer – stellv. Vorsitzende
 Stefan Vogel – stellv. Vorsitzender
 Bettina Hessenthaler – Kassiererin
 Stephanie Ihlau – stellv. Kassiererin
 Heike Hessenthaler – stellv. Kassiererin
 Isabell Rost – Schriftführerin
 Katharina Kopp – stellv. Schriftführerin
 Oliver Hoog – stellv. Schriftführer



Daniel Klimpke und Jochen Zeng

Wir gratulieren auf diesem Wege allen zu ihrer Wahl und wünschen ihnen in ihrem Amt gutes Gelingen.

Nach den anstrengenden Wahlen ging es erstmal in eine Mittagspause, damit sich die Anwesenden für den zweiten Teil vorbereiten konnten. Wie immer bei der GdP war natürlich für das leibliche Wohl gesorgt und nach der Pause konnte es auch gestärkt mit der Konferenz weitergehen.

Nach den Wahlen ging es in die politische Debatte. Neun Anträge waren von den unterschiedlichen Untergliederungen der GdP Frankfurt am Main eingereicht worden. Es wurde teilweise intensiv diskutiert, Antragstexte verändert und um Formulierungen gestritten. Am Ende wurden aber neun Anträge beschlossen. Inhaltlich ging es um Bekleidung, Rotation, Jobbike, äußeres Erscheinungsbild, Sportstunden, Arbeitszeiten und Sonderurlaub. Wir als GdP Frankfurt am Main werden in den nächsten Sitzungen die Anträge bewerten, die weitere Bearbeitung thematisieren und diese Themen ebenfalls auf dem Landesdelegiertentag 2026 einbringen.

Nach der Antragsberatung gab zum Abschluss der alte und neue Vorsitzende Jochen Zeng einen Ausblick in die kommende Zeit der GdP Frankfurt am Main. Es liegen spannende und herausfordernde Zeiten vor uns. Diese gilt es von der GdP Frankfurt am Main zu begleiten und für diese Herausforderungen werden die Ehrenamtlichen Verantwortung übernehmen.

Im Sinne der Beschäftigten und im Sinne der Mitglieder.

Denn wir sind IMMER FÜR DICH DA – DEINE GdP Frankfurt!



v.l.n.r.: Oliver Hoog, Jochen Zeng, Heike Hessenthaler, Daniel Foltes, Petra Moosbauer, Stephanie Ihlau, Katharina Kopp, Benjamin Jäger, Stefan Vogel

VERABSCHIEDUNG AUS DEM VORSTAND

Am 16.10.2025 fand die Sitzung des geschäftsführenden Bezirksgruppenvorstandes Frankfurt am Main statt. Hierbei wurden die ehemaligen Vorstandsmitglieder Benjamin Führer und Marianne Diefenthäler nochmals für ihre langjährige Tätigkeit im Vorstand verabschiedet.

Beide waren nicht mehr bei der Wahl in der Bezirksdelegiertenkonferenz angetreten und daher aus dem Vorstand ausgeschieden. Jochen Zeng skizzierte nochmals die geleistete ehrenamtliche Arbeit im Vorstand und dankte beiden für ihr gezeigtes Engagement.

Den Worten folgte aber auch eine kleine Aufmerksamkeit der GdP. Beide erhielten ein kleines Präsent als Dankeschön für die Arbeit.

Wir werden beide im Vorstand vermissen und wünschen ihnen auf diesem Wege alles Gute für die Zukunft, viel Glück und vor allem Gesundheit. GdP Frankfurt



Marianne Diefenthäler



Benjamin Führer

WICHTIGE INFORMATION FÜR ALLE MITGLIEDER



mit KI erstellt

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte prüft, ob ihr Widerspruch zur Besoldung einlegen müsst!

Herr Innenminister Prof. Dr. Poseck hat erklärt, auf die Einrede der zeitnahen Geltendmachung von Rechtsansprüchen wegen der Unteralimentation 2025 zu verzichten. Sein Schreiben sowie die aktuellen Anträge findet ihr unter dem beigefügten Link.

Auf jeden Fall sollten jedoch HESSISCHE BEAMTE, DIE BISHER KEINEN WIDERSPRUCH EINGELEGT HABEN, KOMMUNALE BEAMTE, DEREN DIENSTHERR NICHT AUF ZEITNAHE GELTENDMACHUNG VERZICHTET HAT

UND BEAMTE MIT DREI ODER MEHR KINDERN

Widerspruch einlegen.

Näheres zu den Anträgen, welcher Antrag für euch der Richtige ist und weitere Infos findet ihr unter dem Link oder dem beigefügten QR-Code.

<https://www.gdp.de/hessen/de/stories/2025/11/gdp-hessen-01.11.2025-geltendmachung-von-besoldungsanspruechen-2025>

Schaut nach, informiert euch und wenn es euch aus unserer Sicht betrifft, stellt den entsprechenden An-

trag. Bei weiteren Fragen meldet euch bei eurer/m Vertrauensfrau/-mann vor Ort oder bei uns! WIR SIND FÜR EUCH DA!



NEUER POLIZEIPRÄSIDENT IM PP SÜDHESSEN

Nachdem Polizeipräsident Björn Gutzeit im Sommer – für viele überraschend kurzfristig – die Leitung des Polizeipräsidiiums Westhessen übernommen und damit die Nachfolge des heutigen Landespolizeipräsidenten Felix Paschek angetreten hatte, stellte sich wiederum in Südhessen schnell die Frage nach seiner Nachfolge.

In der Übergangszeit liefen alle Fäden zunächst bei Polizeivizepräsident Dirk Fornoff zusammen. Nach der politischen Sommerpause in Wiesbaden wurde bald klar, wer das Rennen um die Leitung des Polizeipräsidiiums Südhessen gewonnen hatte: Christian Vögele, bis dahin Vizepräsident des Polizeipräsidiiums Frankfurt am Main.

Aus dem offiziellen Pressestatement zur Amtsübernahme am 7. Oktober 2025 zitieren wir Polizeipräsident Christian Vögele:

„Das neue Amt ist eine besondere Ehre für mich. Ich freue mich sehr auf das, was kommt – auf eine neue Herausforderung, bei der ich auch dieses Mal insbesondere die Menschen, mit denen ich zusammenarbeiten darf, in den Mittelpunkt stellen möchte. Südhessen ist eine dynamische

Region mit vielfältigen Aufgaben und besonderen Anforderungen an die Polizei. Ich freue mich darauf, gemeinsam mit meinen neuen Kolleginnen und Kollegen an die erfolgreiche Polizeiarbeit in Südhessen anzuknüpfen, damit die Region weiterhin so sicher und lebenswert für die Menschen ist.“

Auch wenn die offizielle Amtseinführung erst nach Redaktionsschluss im November stattfinden wird, nutzte der Vorsitzende der GdP-Bezirksgruppe Südhessen und Personalratsvorsitzende, Christian Richter, die erste Gelegenheit zu einem persönlichen Gespräch mit dem neuen Polizeipräsidenten. Inzwischen befindet man sich bereits in regem Austausch zu verschiedenen Themen des laufenden Dienstbetriebs – jeder in seiner Rolle und Verantwortung.

Wir freuen uns, mit Polizeipräsident Christian Vögele eine Führungspersönlichkeit an der Spitze der Behörde zu wissen, die neben umfangreicher Erfahrung im Polizeiapparat auch juristische Expertise mitbringt und dadurch sicher viele Themen mit einem differenzierten Blick betrachten wird.

In den vier Abteilungen des Polizeipräsidiiums Südhessen stehen zahlreiche Herausforderungen an. Es gilt, die Polizei in der Region sowohl für die Beschäftigten als auch für die Bürgerinnen und Bürger zukunftssicher weiterzuentwickeln und dabei Bedarfe, wie Nöte ins LPP und politische Wiesbaden zu transportieren.

Für diese verantwortungsvolle Aufgabe wünschen wir viel Weisheit, Erfolg und gutes Gelingen!

C.R.



Christian Richter mit dem neuen Polizeipräsident Christian Vögele

FLIESEN - ILLERT

Fliesen - Platten - Mosaik

Mobil: 0171 2430353
64846 Groß-Zimmern



MAINFEUER
MEISTERBETRIEB
Inh. M. Fester



Heizungs- • Sanitär- • Badausstellung
Öl- und Gasfeuerung • Kundendienst

Triebstraße 2 a-b
60388 Ffm.-Enkheim

Tag u. Nacht Service
06109/35527

www.mainfeuer.de

Unsere Polizei: Gut, dass es Euch gibt!

St. Katharinen- und Weißfrauenstift
STIFTUNG DES ÖFFENTLICHEN RECHTS

Braubachstraße 15
60311 Frankfurt/Main
Telefon: 069-156802-0
www.stkathweis.de

SICHER UNTERWEGS IM INTERNET

SEMINAR FÜR SENIORINNEN UND SENIOREN IN FRANKFURT

Einladung zum Senioren-Seminar

Titel: Seniorinnen und Senioren – sicher unterwegs im Internet!

Wann: Mittwoch, 04. März 2026, ab 09.30 Uhr

Wo: Bürgerhaus Bornheim

60385 Frankfurt

Arnsburger Str. 24

Bertha-Pappenheim-Raum



Das Angebot richtet sich an alle Seniorinnen und Senioren der GdP (Mindestalter für eine Teilnahme ist 58 Jahre) und ist insbesondere für Gelegenheitsanwender gedacht. Für „PCProfis“ ist das Angebot nur bedingt geeignet.

Programm:

- PC – sicher eingerichtet und bedient
- Nutzprofile
- Virens Scanner und Programme (incl. Browser)
- E-Mails (Erkennen von Bedrohungen und Schadsoftware)
- Kennwörter, Zwei-Faktor-Authentisierung, Pass-Keys und Kennwortmanager
- 10 Gebote zur Sicherheit im Internet
- SI (Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik)
- Handy und Tablett
- Künstliche Intelligenz (KI) – (nicht mehr) neues Schlagwort, neue Möglichkeiten und Bedrohungen!

Die Seminarleitung liegt in den Händen von Harald Zwick

Die Anmeldung erfolgt wie immer über die Homepage der GdP Hessen, zu erreichen über folgenden Link: <https://www.gdp.de/hessen/de/fuer-dich/seminare-bildung>

JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG DER KG GROSS-GERAU

Am 04. September 2022 fand die Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Groß-Gerau für das Jahr 2025 im Gasthaus Rot-Weiß XXL in Mörfelden-Walldorf statt.

Der Nachmittag begann gegen 15:00 Uhr mit dem traditionellen Pensionärstreffen. Bei Kaffee und Kuchen bot sich die Gelegenheit, in gemütlicher Runde miteinander ins Gespräch zu kommen und Erinnerungen auszutauschen.

Vor Beginn der eigentlichen Jahreshauptversammlung begrüßte die Runde den Vorsitzenden der Bezirksgruppe Südhessen und Vertreter des Landesvorstands der GdP, Christian Richter, der im weiteren Verlauf über aktuelle Themen aus den Reihen der Gewerkschaft informierte.

Nach der offiziellen Eröffnung durch die stellvertretende Kreisgruppenvorsitzende Lisa Müller wurde zunächst die Beschlussfähigkeit festgestellt.

In einer anschließenden Gedenkminute ehrte die Kreisgruppe ihre verstorbenen Mitglieder, Kolleginnen und Kollegen.

Durch die Versammlung führten Lisa Müller und Claudia Büttner. Martin Kurz war leider aus gesundheitlichen Gründen verhindert. Vorstandsmitglied Kersten Hirschmüller berichtete über aktuelle Entwicklungen aus dem Landesfachausschussbereich der Stadt- und Ordnungspolizeien, wo er die Bezirksgruppe Südhessen vertritt. Ein Schwerpunkt lag

dabei auf der Aufarbeitung der teilweise misslungenen Streikaufrufkommunikation im DGB.

Er wurde im Rahmen der JHV zudem für den Bereich der Stadt- und Ordnungspolizeien in den Vorstand der Kreisgruppe Groß-Gerau gewählt um auch dort den Themenkomplex besser einbringen zu können.

Nach den Berichten des Vorstands und der Kassenführung sowie deren Entlastung wurden die anwesenden Jubilare für 25, 40 und 60 Jahre GdP Mitgliedschaft geehrt.

Der Abend klang in geselliger Runde bei einem leckeren Abendessen aus.



Zu 60 Jahren Mitgliedschaft wurde Wolfgang Remann geehrt



Claudia Büttner ehrt Timo Braunbeck für 25 Jahre Mitgliedschaft



Claudia Büttner ehrt Harald Reuther für 40 Jahre Mitgliedschaft

JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG DER KG ODENWALD

Am 17. September 2025 fand im Restaurant *Am Sportpark Erbach* die Jahreshauptversammlung der GdP-Kreisgruppe Odenwald statt. Zahlreiche Mitglieder folgten der Einladung, um gemeinsam Rückblick auf das vergangene Jahr zu halten und den Vorstand neu zu wählen.

Zur neuen Vorsitzenden wurde **Natascha Kiefer** gewählt. Sie folgt auf Dörte Steiger, die seit diesem Sommer ihren Dienort bei der Regionalen Kriminalinspektion (RKI) Darmstadt-Dieburg hat und daher für eine Wiederwahl nicht mehr zur Verfügung stand.

Natascha Kiefer ist im Odenwald sowohl verwurzelt als auch bestens vernetzt. Als Angestellte im Geschäftszimmer der Direktion Odenwald ist sie zudem dienstlich

an zentraler Stelle tätig. Unterstützt wird sie künftig von Peter König, Zweiter Vorsitzender und Schriftführer von der Polizeistation Höchst, sowie Franziska Pausch aus dem K41 der RKI Odenwald, die das Amt der KassiererIn übernimmt. Gemeinsam bilden sie das neue Kernteam des Vorstandes der Kreisgruppe.

Als Gast konnte die Kreisgruppe den südhessischen Bezirksgruppenvorsitzenden Christian Richter aus dem Geschäftsführenden Landesbezirksvorstand begrüßen. In seinem Grußwort berichtete er über aktuelle Themen der GdP auf Bundes-, Landes- und Bezirksebene. Gleichzeitig gratulierte er dem neuen Führungstrio zur Wahl und wünschte für

die bevorstehenden Aufgaben viel Erfolg und eine glückliche Hand.



Dörte Steiger verabschiedet Volker Fischer

Im Rahmen der Versammlung wurde außerdem Volker „VoFi“ Fischer als aktives Vorstandsmitglied verabschiedet. Nach jahrzehntelangem gewerkschaftlichem Engagement und seinem Eintritt in den Ruhestand hat er angekündigt, seine Ämter in der Kreisgruppe niederzulegen. Die GdP-Familie freut sich jedoch, ihn weiterhin als treues Mitglied, Unterstützer und geschätzten Ratgeber in ihren Reihen zu wissen.

Durch die alte Vorsitzende Dörte Steiger und die neue KG-Chefin Natascha Kiefer wurden die beiden anwesenden Jubilare gebührend geehrt. Für 40 Jahre GdP Mitgliedschaft Andreas Krieg und für 60 Jahre GdP Mitgliedschaft Dieter Urvat.

Der Abend klang in geselliger Runde bei guter Stimmung und leckerem Essen aus, zu dem die Kreisgruppe alle Teilnehmenden eingeladen hatte.



v.l.n.r.: Dörte Steiger, Dieter Urvat, Natascha Kiefer



v.l.n.r.: Dörte Steiger, Andreas Krieg, Natascha Kiefer

JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG DER KG DA-DI

Nachdem die GdP-Kreisgruppe Darmstadt-Dieburg in den vergangenen Jahren ihre Jahreshauptversammlungen überwiegend bei den Naturfreunden in Ober-Ramstadt abgehalten hatte, lud der Kreisgruppenvorstand in diesem Jahr am 15. Oktober 2025 in das wunderschöne Ambiente der Villa Trautheim in Mühlthal ein.

Die Kreisgruppenvorsitzende Janna Knutas berichtete ausführlich über das vergangene Jahr und griff dabei insbesondere aktuelle Themen auf, die durch Landesprojekte geprägt sind. Im Anschluss entwickelte sich eine lebhafte Diskussion über die Herausforderungen in den verschiedenen Abteilungen und der Stadtpolizei. Immer wieder rückte dabei die Finanz- und Tarifpolitik in den Mittelpunkt.

Gerade im Hinblick auf den in diesem Jahr verhandelten TVöD, die bevorstehenden Verhandlungen zum TV-L sowie den im Winter auslaufenden TV-H wurde deutlich, wie entscheidend es ist, die richtigen Weichen zu stellen, um den öffentlichen Dienst als attraktiven Arbeitgeber zu stärken. Auch die Themen Besoldung und amtsangemessene Alimentation blieben Dauerbrenner in der Diskussion.

Christian Richter, Vorsitzender der Bezirksgruppe Südhessen und Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands, be-

richtete über aktuelle Entwicklungen der GdP auf Bundes-, Landes- und Bezirksebene und brachte die Sicht der übergeordneten Gremien in die Versammlung ein.

Nach den Berichten, Aussprachen und der Entlastung des Vorstandes standen in diesem Jahr die Neuwahlen des Kreisgruppenvorsitzes, der stellvertretenden Kassenführung sowie die Beschlussfassung für den Bezirksdelegiertentag auf der Tagesordnung.

Janna Knutas trat nicht erneut zur Wahl an, da sie seit über einem Jahr an der Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit (HöMS) tätig ist und sich dort künftig noch intensiver für den Landesvorstand im Bereich Mitglieder-gewinnung und -betreuung engagieren möchte.

Zur neuen Kreisgruppenvorsitzenden wurde einstimmig **Dörte Steiger** gewählt, die in diesem Sommer ihren dienstlichen Wechsel vom Odenwald nach Darmstadt vollzogen hat. Nach mehreren erfolg-



Übergabe von Janna Knutas an Dörte Steiger



Verabschiedung von Janna Knutas

reichen Jahren an der Spitze der Kreisgruppe Odenwald – die inzwischen von Natascha Kiefer geführt wird – bringt sie ihre Erfahrung und ihr Engagement nun in Darmstadt–Dieburg ein. Der Kreisgruppenvorstand wie auch die Bezirksgruppe Südhessen zeigten sich erfreut über diese starke personelle Besetzung.

Im Rahmen der Versammlung wurde Janna Knutas vom gesamten Vorstand und vom in Doppelfunktion anwesenden Bezirksgruppenvorsitzenden Christian Richter herzlich verabschiedet. Mit Dank und Anerkennung würdigten sie ihr Engagement in den vergangenen Jahren. Gleichzeitig wurde Dörte Steiger als neue Vorsitzende willkommen geheißen.

Zur weiteren Unterstützung des Vorstandes wurde Katharina Hock zur stellvertretenden Kassiererin gewählt.

Nachdem zudem die Delegierten für den kommenden Bezirksdelegiertentag bestimmt und mehrere Anträge verabschiedet worden waren, wurde als einzig anwesender Jubilar Tobias „Perko“ Perkovic für 25 Jahre GdP Mitgliedschaft geehrt.

In angenehmer Atmosphäre der Villa Trautheim wurde der Abend bei guten Gesprächen und reger Vernetzung beschlossen – ein gelungener Beweis dafür, dass Gewerkschaftsarbeit in Südhessen mit Leben gefüllt wird.



Tobias Perkovic wird für 25 Jahre GdP Mitgliedschaft geehrt.

JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG DER KG BERGSTRASSE

Am 28. Oktober 2025 führte die GdP-Kreisgruppe Bergstraße ihre diesjährige Jahreshauptversammlung durch.

Der Einladung folgten viele unserer treuen Pensionärinnen und Pensionäre, was uns sehr freute. Über eine ebenso rege Teilnahme unserer aktiven Mitglieder würden wir uns künftig ebenfalls freuen.

Besonders freuten wir uns über die Teilnahme unseres GdP-Bezirksgruppenvorsitzenden sowie Vorsitzenden des Personalrats des Polizeipräsidiums Südhessen, Christian Richter, den wir herzlich begrüßen konnten.

Unseren Landesvorsitzenden Jens Mohr Herr konnten wir leider nicht begrüßen, da ihn unaufschiebbare Termine verhinderten. Auch unser neuer Polizeipräsident des Polizeipräsidiums Südhessen, Herr Christian Vögele, konnte aus dienstlichen Gründen nicht teilnehmen. Polizeidirektor Benjamin Henne befand sich zum Zeitpunkt der Versammlung im

wohlverdienten Urlaub und konnte daher ebenfalls nicht anwesend sein.

Nach der Begrüßung gedachten wir in einer Schweigeminute unseren verstorbenen Kolleginnen und Kollegen.

Anschließend trug der Vorsitzende den Jahresbericht vor. Den Kassenbericht stellte unsere Kassiererin Sigrid „Sigi“ Schlicksupp vor, die aus persönlichen Gründen ihren Rückzug aus der aktiven Vorstandsarbeit angekündigt hat, aber bis zu einer erfolgreichen Nachfolgeregelung das Amt weiterhin ausfüllt. Nach den Berichten wurden sowohl der Vorstand als auch die Kassenführung einstimmig entlastet. Als kleines Dankeschön überreichten wir „Sigi“ einen Präsentkorb. Wir bedanken uns ganz herzlich bei „Sigi“ für ihre vorzügliche Kassenführung und wünschen Ihr weiterhin viel Glück und vor allem Gesundheit!

Unsere bislang kommissarisch tätige Schriftführerin Anne Fuchs wurde von den anwesenden Mitgliedern offiziell in

ihr Amt gewählt. Zudem wurden neue Kassenprüferinnen und Kassenprüfer gewählt.

Im weiteren Verlauf der Versammlung stellte der Vorstand vier vorformulierte Anträge für den anstehenden GdP-Bezirksdelegiertentag bzw. den GdP-Landesdelegiertentag vor. Alle vier Anträge wurden von den anwesenden Mitgliedern einstimmig angenommen und werden nun in die nächste Instanz eingebracht.

Im Rahmen der Jahreshauptversammlung wurden außerdem unsere anwesenden Jubilare Horst Mischler und Werner Farda gebührend geehrt.

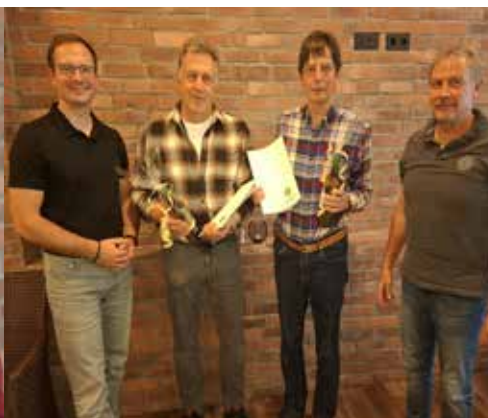
Zum Abschluss stellte der Vorstand die neu gesteckten Ziele der GdP-Kreisgruppe Bergstraße vor.

Mit den besten Wünschen für eine besinnliche und frohe Weihnachtszeit sowie einen guten Start ins Jahr 2026 endete die Jahreshauptversammlung in kameradschaftlicher Atmosphäre.

Jörg Weitmann



Jörg Weitmann dankt Sigi Schlicksupp



v.l.n.r.: Christian Richter, Werner Farda, Horst Mischler, Jörg Weitmann



Didi Rodenheber mit Anne Fuchs

GdP-SPONSORING: DEUTSCHES SPORTABZEICHEN

Sport wird bei der hessischen Polizei großgeschrieben. Das zeigt sich nicht nur durch die Sportfördergruppen, die Ausstattung vieler Liegenschaften mit Fitnessräumen – mal mehr, mal weniger attraktiv –, sondern auch durch die zahlreichen Angebote der HöMS und der Polizeibehörden.

Für viele Kolleginnen und Kollegen ist Sport ein fester Bestandteil ihres Alltags und ein wichtiges Element der eigenen Gesundheitsfürsorge – völlig zu Recht.



Umso mehr freuen wir uns, dass wir dank GdP-Sponsoring in diesem Jahr allen interessierten Kolleginnen und Kollegen im Polizeipräsidium Südhessen die Teilnahme am Deutschen Sportabzeichen ermöglichen konnten.

Während die Behörde den Zugang zur Sportstätte sicherstellte, übernahm die GdP die Kosten für die Verpflegung sowie die Gebühren für die Abzeichen.

Dank des persönlichen Engagements aus dem Leitungsstab und unseres KDD-

Kollegen Volker Löckler wurde die Veranstaltung zu einem rundum gelungenen Event.

Wir freuen uns schon jetzt auf eine Fortsetzung im Jahr 2026 – und hoffen, dass sich dann noch mehr Kolleginnen und Kollegen gemeinsam auf den Weg machen, um im Kollegenkreis sportlich aktiv zu werden.

C.R.



NEUBAU AUF DEM GELÄNDE DER PAST SÜDHESSEN

Inzwischen hat sich doch einiges getan auf dem Gelände im Pupinweg in Darmstadt. Wie auf dem Luftbild mit Stand Ende Oktober erkennbar, wurden die Fundamente und die Bodenplatte für eines der neuen Gebäude bereits gefertigt. Im späteren Innenhof wurde auch der für die Erstellung des Neubaus notwendige Baukran aufgebaut.

Die Bauleitung ist (wie auf dem Foto links erkennbar) nun auch in einem dreistöckigen Containerbau untergebracht.



Luftbildaufnahme Ende Oktober 2025

Leider ist (wie vermutlich bei jedem Neubau) nicht alles rund verlaufen. Die geplante Baustraße als Zu- bzw. Abfahrt für die Sattelzüge mit Baumaterialien und Bauabfällen konnte noch nicht fertig gestellt werden. Sie soll hinter den alten Garagen verlaufen. Diese wird erst Anfang 2026 in Betrieb genommen werden können. Bis dahin muss sämtlicher Baustellenverkehr über die normale Dienststelleneinfahrt erfolgen.

Inzwischen fahren täglich mehrere Sattelzüge vom Betonwerk aus mit den bereits vorgefertigten Betonwänden auf das Bau Feld. Leider müssen diese aus dem oben genannten Grund über das Gelände der Polizeiautobahnstation bzw. der Verkehrsinspektion fahren um auf das Bau Feld zu gelangen.

Das ist zwar nicht optimal, jedoch ist für alle Beschäftigten im Pupinweg schon erkennbar, dass täglich neue Betonwände auf der Bodenplatte angebracht werden und das neue Gebäude langsam wächst.



geplante Baustraße hinter den Garagen vor Beginn und aktueller Zustand

AUF NACH DARMSTADT

SENIORENGRUPPE FRANKFURT AUCH 2025 WIEDER ON TOUR...

Es war wieder soweit.....jährlicher traditioneller Ausflug der Frankfurter Seniorengruppe. Ziel war Darmstadt mit der dortigen Mathildenhöhe, dem imposanten Weltkulturerbe.

Treffpunkt am 28.08.25, 09.15 h war wieder der Frankfurter Hauptbahnhof. 27 TeilnehmerInnen/Teilnehmer waren der Einladung des Vorstandes durch Bernd Braun im Polizeireport gefolgt.

Mit RE 60 und der Buslinie F in Darmstadt erreichte die Gruppe pünktlich die Mathildenhöhe. Auf der Anfahrt lud der Vorstand die Gruppe zu einem Getränk und selbstgebackenem Laugengebäck ein. Gut gestärkt kamen an.

Dort stand zunächst eine 60-minütige Führung durch eine fachkundige Darmstädterin an. Danach bestand Gelegenheit die orthodoxe Kirche zu betreten, bevor der hoch emporgangene Hochzeitsturm erklommen wurde.

Das Wetter hatte sich inzwischen aufgehellt, so dass man von der Turmspitze die Frankfurter Skyline und die Taunushügel erkennen konnte.

Ein besonders rüstiger Teilnehmer erklimmte den Hochzeitsturm (48,5m hoch, 7 Etagen) über die Treppe. Ob er sich den Abstieg auch noch über die Treppe zutraute, wurde nicht bekannt.....Jeden-



falls wurde er später wohlbehalten am Fusse des Hochzeitsturmes angetroffen. Die übrigen Ausflügler zogen die Benutzung des Fahrstuhles vor.

Nun galt es Abschied vom beeindruckenden Weltkulturerbe zu nehmen. Mit dem Stadtbus F ging es zum Marktplatz. Hier wartete der Ratskeller mit deftigen Speisen und selbstgebrauten Getränken.

Spontan liess sich unser Kassierer Bernd dazu hinreißen, aus der Gruppenkasse eine Runde Getränke zu spendieren.

Gg. 16 h endete der Besuch in Darmstadt und die Gruppe fuhr mit dem RE 60 wieder zurück nach Frankfurt a. M.

Die Organisatoren Helgo Müller, Uwe Nachtwey und Lothar Silberling freuten und bedankten sich für einen spontanen Applaus aus der Gruppe. Zeichen einer wieder einmal gelungenen Veranstaltung.

Der Abend wurde in gemütlicher Runde in einem Lokal auf dem Frankfurter Römerberg beendet. Mal gespannt, wohin der Ausflug im Jahre 2026 geht.

Glückauf Seniorengruppe Frankfurt und weiter so!

WEIHNACHTSTOMBOLA DER GdP FRANKFURT

Glücksmomente zum Jahresende

Auch in diesem Jahr lässt die GdP Frankfurt das Jahr mit einer besonderen Aktion ausklingen: unserer großen Weihnachtstombola!

Nachdem die Verlosung im letzten Jahr so gut angekommen ist, war schnell klar – das machen wir wieder!

Alle Mitglieder der GdP Frankfurt nehmen automatisch an der Tombola teil, ganz ohne Anmeldung oder Loskauf. Einfach Mitglied sein und schon ist man im Lostopf!

Dieses Jahr warten wieder rund 15 Hauptpreise und etwa 150 Gewinne insgesamt darauf, ausgelost zu werden. Was

es genau zu gewinnen gibt, bleibt natürlich eine Überraschung aber so viel sei verraten: Es lohnt sich!

Die Auslosung findet im Dezember, noch vor Weihnachten, statt. Also mit Glück habt ihr noch ein kleines Extra unter dem Baum.

Die Gewinnerinnen und Gewinner werden per E-Mail informiert, also schaut in der Adventszeit ruhig einmal öfter ins Postfach.

Wir drücken allen Mitgliedern die Daumen und sagen schon jetzt:

Viel Glück und eine schöne Advents- und Weihnachtszeit.

Eure GdP Frankfurt



WENN DIE GdP FEIERT, DANN WIRD'S ZÜNFTIG!

Am 09. Oktober hieß es für die GdP Frankfurt wieder: O'zapft is! – und diesmal ganz bewusst am Abend. Statt eines Frühschoppens, wie in dem ein oder anderen Jahr zuvor, war der Wunsch aufgekommen, mal wieder in die Nacht hineinfeiern zu wollen. Eine Entscheidung, die sich als absolut richtig herausstellte.

Ab 17:30 Uhr trudelten die Gäste – Mitglieder und Nichtmitglieder – nach und nach am Deutsche-Bank-Park ein. Auf dem Parkplatz vor dem Festzelt traf man sich, tauschte erste Grüße aus und stimmte sich ausgelassen auf den Abend ein.

Die GdP Frankfurt hatte hierfür eine Box mit 40 Karten erworben und diese zu einem günstigen Preis an Interessierte weitergegeben. Zwar blieben am Ende ein paar wenige Karten übrig, doch tat dies

der Stimmung in keiner Weise einen Abbruch.

Unsere Box erwies sich als perfekter Platz für's gemeinsame Feiern: Durch die etwas erhöhte Lage hatte man einen hervorragenden Blick über den gesamten „Festsaal“ und auch auf die Bühne. Zudem war sie gemütlich – man war eng beisammen und konnte somit schnell ins Gespräch kommen.

Kolleginnen und Kollegen der Polizei, Mitarbeitende der Stadt Frankfurt und Freunde der GdP mischten sich bunt durcheinander.

Mit deftigen Schmankerln, frischem Bier (natürlich in der Maß) und bester Party-Musik, kam schnell Wiesn-Stimmung auf. Es wurde geschunkelt, getanzt und viel gelacht.

Um 21 Uhr war es dann soweit, Tim Toupet betrat die Bühne. Der Sänger, bekannt durch Hits wie „Du hast die Haare schön“, brachte mit weiteren Songs das Zelt zum Brodeln. 45 Minuten lang heizte er dem Publikum ordentlich ein – spätestens jetzt hielt es niemanden mehr auf den Bänken – statt zu sitzen wurde darauf getanzt.

Die Stimmung war bis zum letzten Lied ausgelassen und fröhlich, der harte Kern blieb bis zum Ende der Veranstaltung gegen 01 Uhr.

Am Ende waren sich alle einig: So viel gute Stimmung, Lachen und Tanzen schreien geradezu nach einer Wiederholung im nächsten Jahr.

Katharina Kopp



VORSORGE HAT KONJUNKTUR

VIELE GUTE INFORMATIONEN UND TIPPS VON PROFIS

Am 21.10.25 hatte der Vorstand der Seniorengruppe Frankfurt a. M. zu einer Infoveranstaltung in das Haus Ronneburg im Frankfurter Stadtteil Preungesheim eingeladen. Als Thema hatte der Vorstand ausgewählt: Vorsorgevollmacht, Patientenverfügung, Erbrecht.

Als Referenten konnten für die Veranstaltung gewonnen werden:

Herr Rechtsanwalt und Notar Bauer von der Kanzlei Fleischmann, Bauer, Wißkirchen und Partner aus Hanau mit seiner Referendarin Frau Maier. Die Kanzlei hat sich auf Familienrecht spezialisiert und erfüllte damit unser Anforderungsprofil perfekt.

Ab 09:00 Uhr stand ein Frühstück mit belegten Brötchen, Kaffee, Tee und diversen Softgetränken zur Verfügung was das Ankommen gleich angenehmer machte.

Gut 20 Teilnehmerinnen/Teilnehmer hatten sich eingefunden. Der erste Vorsitzende der Seniorengruppe, Lothar Silberling, begrüßte herzlich die Referenten, Teilnehmerinnen/Teilnehmer und unseren Bezirksgruppenvorsitzenden Jochen Zeng.

Bernd Braun, Vorstandsmitglied und Landesseniorenvorsitzender der GdP Hessen, der die Idee zu dieser Veranstaltung hatte und auch den Kontakt zu den Referenten hergestellt hatte, konnte leider wegen einer Hüft-OP nicht anwesend sein. Ihm auf diesem Wege nochmal gute Genesungswünsche.

Um 10 Uhr begann der erste Teil (Erbrecht) der Infoveranstaltung. Frau Maier referierte gekonnt über gesetzlich Erbfolge, Pflichtteil usw. Nach einer kurzen Pause übernahm Herr Bauer den Teil Testament als wichtigster Teil der Vorsorge. Er erläuterte die unterschiedlichen Testamentsarten, die Vorteile eines Notariellen Testaments wurde hierbei dargestellt.

Um 12:30 Uhr luden die Veranstalter zum Mittagessen mit heißer Gulaschsuppe und verschiedenen Brötchenarten ein, die sehr mundete.

Ab 13:30 Uhr begann Herr Bauer mit dem zweiten Teil der Veranstal-

tung: Vorsorgevollmacht, Patientenverfügung, dem Teil, der aus seiner Sicht sehr hohe Bedeutung hat. Besonders für höhere Altersgruppen, die auf diese Art ihren Angehörigen im Unfall- und Krankheitsfall Vieles erleichtern können.

Hier wurde die notarielle Ausfertigung mit entsprechender Hinterlegung in der Zentralstelle in Berlin betont. Anforderungsprofil und Funktion von Betreuern in diesem Bereich wurden auch erörtert. Den Abschluss dieses Teils bildete eine rege Frage- und Antwortrunde, zu denen die Referenten gerne und mit viel Sachkunde zur Verfügung standen.

Zum Ende der Referate stellte Herr Bauer noch die SOS-Notfalldose

(siehe www.SOS-Notfalldose.de) vor, von denen er einige Exemplare zusammen mit einer großen Anzahl von Broschüren//Flyern zu dem gesamten Themenkomplex des Tages dankenswerter Weise übergab.

Die Veranstaltung wurde mit einem Schlusswort des Vorsitzenden Lothar Silberling beendet. Er bedankte sich über die überaus anschauliche und fachkundige Darstellung der Themen und Auskunftsbereitschaft. Er übergab als besonderes Dankeschön Frau Maier einen großen GdP-Polizei-Teddy und Herrn Bauer einen Frankfurter-GdP-Ebbelwoibemmel.

Eine sehr gelungene Veranstaltung zu wahrlich wichtigen Themen. Allerdings wäre eine bessere Beteiligung wünschenswert gewesen. Diese Tatsache erzeugte beim Vorstand Unverständnis angesichts rechtzeitiger Einladung im Polizeireport, GdP-Homepage im Internet und Mundpropaganda. Zudem kostenlos und ein derart bedeutungsvolles Thema.

Dies wird aber sicherlich den Vorstand der Seniorengruppe Frankfurt am Main nicht entmutigen, weitere derartige Infoveranstaltungen anzubieten. Fortbildung ist auch im Alter wichtig. Erleichtert doch letztendlich Wissen den Lebensalltag.

Seniorengruppe Frankfurt



Lothar Silberling eröffnet und begrüßt



Die sachkundigen Referenten



Die SOS-Notfalldose

WENN JEDE SEKUNDE ZÄHLT

ERSTE HILFE AM UNFALLORT



Am 6. Oktober 2025 hieß es beim Deutschen Motorsportbund (DMSB) in Frankfurt am Main:

„Anpacken statt Zuschauen“.

Die GdP Hessen bot ein intensives Praxisseminar unter dem Titel „Erste Hilfe am Unfallort“ an – und das gleich zweimal am selben Tag, um der großen Nachfrage gerecht zu werden.

Vormittags von 09:30 Uhr bis 12:30 Uhr und nachmittags von 13:30 Uhr bis 16:30 Uhr übten die Teilnehmenden unter realitätsnahen Bedingungen, was im Ernstfall über Leben und Tod entscheiden kann.

Unter der fachkundigen Leitung von Michael Jacobi (Rettungsbezug des DMSB und DRK), Michael Larusch (DRK) und Jean-Marc, erlebten die Teilnehmenden einen abwechslungsreichen und äußerst lehrreichen Seminartag.



Die drei Referenten verstanden es, die Inhalte mit viel Einsatzroutine, Anschaulichkeit und Begeisterung zu vermitteln – trotz der mitunter ernsten Thematik kam auch der Spaß nicht zu kurz.

Im Mittelpunkt standen lebensrettende Sofortmaßnahmen und realitätsnahe Übungen:

Rettung aus Fahrzeugen, u.a. mit dem „Rautekgriff“ unter Berücksichtigung schusshemmender Westen

Rettung von Motorradfahrerinnen und -fahrern, u.a. Helmabnahme

Reanimationsübungen im Rahmen einer kleinen „Reanimations-Challenge“

Fortgeschrittene Blutstillungstechniken, insbesondere der Einsatz von Tourniquets sowie bewährte Klassiker wie z.B. die stabile Seitenlage

Am Vormittag nahmen 12 Kolleginnen und Kollegen teil, am Nachmittag



aufgrund einiger krankheitsbedingter Absagen immerhin noch sechs.

Alle Teilnehmenden zeigten großes Interesse und Engagement. Besonders erfreulich: Selbst erfahrene Kolleginnen und Kollegen mit Vorkenntnissen aus Feuerwehr- oder Rettungsdiensten konnten nach eigener Aussage noch Neues dazulernen.

Das Feedback fiel durchweg positiv aus – die einzige Anmerkung: Das Seminar sei „zu kurz“ gewesen für den Input.

Viele wünschten sich daher mehr Zeit, um die Inhalte noch intensiver zu vertiefen.

Insgesamt war das Seminar ein voller Erfolg – lehrreich, praxisnah und motivierend.

Katharina Kopp

